Nr. 265 • Einzelpreis 10 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 11. November 1924

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hans 42/44. Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667 Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt oder gegen Einsendung. 2,30 Mark mit Bestellgeld, am Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pfg. im Anzeigen- und 40 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 42/44. Fernruf 4005. — Zweigstelle: Dr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20819, Erfurt

„Der polnische Ochse."

Eine nationalsozialistische Charakterisierung für Ludendorff.

Die Schleier fallen.

Dinters Parole: Keine Stimme für Ludendorff! • Lindström, der „Verräter" und „Ruin" der völkischen Bewegung.

München, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Die tiefen inneren Gegensätze, die zur Spaltung in der völkischen Bewegung geführt haben, kamen mit schonungsloser Offenheit ans Tageslicht in der letzten Versammlung der Großdeutschen Volksgemeinschaft, in der Dr. Artur Dinter in einem zweistündigen Referat eine schroffe Abrechnung mit der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und insbesondere mit der Reichsführung Ludendorffs hielt.

„Vor einem Jahre", so begann Dinter, „wurde der Verrat geübt von unseren Gegnern, heute wird er geübt von unseren eigenen Führern. Heute steht die Sache so, daß der Kampf **aller gegen alle entflammt ist, und die zwangsläufige Folge ist die unabweisbare Niederlage der Bewegung.** Hitler hatte seinerzeit befohlen, daß sein Vertrauter Rosenberg an seiner Stelle **die** Geschäfte verwalten soll. Aber ein gänzliches Versagen dieses Führers trat ein. Die Gesinnung Rosenbergs anzuzweifeln liegt sehr viel natürlicher Anlaß vor. Diese Führung führte zu einem Chaos. Wir atmeten auf, als Ludendorff die Stellvertretung übernahm. Unser Vertrauen zu ihm war grenzenlos. Aber die erste Enttäuschung erlebten wir, als dieser **große deutsche Mann trotz des gegenteiligen Rates Hitlers sich ins Parlament wählen ließ.** Nun war auf einmal die Fraktion die Hauptsache geworden und **die ganze Bewegung schlief ein.** Die Führer hatten keinen Blick mehr für das, was außerhalb des Parlaments vorging, und **so ging die ganze völkische Bewegung dabei zum Teufel. Die Parole Ludendorffs konnte in Arbeiterkreisen nicht wirken, denn auf diese Kreise wirkt der Name Ludendorff heute noch wie ein rotes Tuch auf den Stier.** Es war eine Kurzsichtigkeit und Instinktlosigkeit und der erste Beweis **für die gänzliche politische Unfähigkeit dieser Reichsführerschaft, daß sie diese erste Parole ausgegeben hat.** Die Reichstagsfraktion mit ihren 32 Mann entsprach ganz und gar nicht den Wünschen Hitlers. Er hatte ganz bestimmte Direktiven gegeben, ganz bestimmte Namen genannt. Diese wurden aber zum Teil unterschlagen, auf ausdrücklichen Befehl Hitlers auf die Liste gesetzt, dann aber hinterrücks gestrichen. Mit Erbitterung und Wehmut sah Hitler den weiteren Verlauf der Dinge. Er legte die Führung nieder, weil er die Verantwortung nicht mehr tragen konnte für alles, was gegen seinen Willen geschah. Er zog die Vollmachten zurück, weil er sah, welcher Schwindel damit getrieben wurde, wie die Günstlingswirtschaft einsetzte, wie nur noch nach egoistischen Zielen gearbeitet wurde.

Als Hitler die Führung niedergelegt hatte, trat das Chaos ein. Als Esser dann eingriff, setzte die Verleumdung gegen ihn ein. **Man wollte Hitler einfach nicht aus dem Gefängnis heraus haben, weil er in diesen ganzen parlamentarischen Sumpf mit eisernem Besen hineingefahren wäre.** Als die einzig berufenen Führer dann zur Seite geschoben und das junge Strebertum damit in die Höhe gehoben wurde, da faßte uns alte Vorkämpfer die Verzweiflung. Dann kam ein neuer Schlag: Man gründete den Frontbann. Diese kurzsichtige Gründung und ihre Proklamationen waren schuld, daß unser Führer Hitler im Gefängnis bleiben mußte. In gänzlicher Verkennung der Tatsache, daß nach dem 9. November 1923 die alte Methode nicht mehr ziehen konnte, daß sich von da an nur auf Grund der verfassungsmäßigen Rechte Aufklärung treiben lasse, hat man diesen Frontbann gegründet. Das war ein derartig schwerer politischer Fehler, daß das Vertrauen zur Führerschaft auf das schwerste erschüttert worden ist. Hitler ist so vornehm, seinen Waffengenossen Ludendorff nicht bloßzustellen, aber er hat es abgelehnt, die Leute, die mit dem Frontbann zu tun hatten, nach dieser Sache noch einmal zu empfangen.

Man fragt sich, wie es möglich ist, daß **Ludendorff seinen Namen hergeben konnte, eine solche Gemeinheit zu decken, daß er von allen guten Geistern, von dem naivsten politischen Blick so verlassen sein konnte, daß er seinen Duzfreund Esser, dessen Trauzeuge er war, für dessen Kind er Pate gestanden hat, so vor den Kopf stoßen konnte!** Da kommt einem elementar der Gedanke, daß Hitler selbst getroffen werden sollte. **Ist Ludendorff das ahnungslose Werkzeug von irgendwelchen unsichtbaren Instanzen, die das größte Interesse daran haben, daß die völkische Bewegung in Grund und Boden vernichtet wurde? Es drängt sich einem der Gedanke auf, daß in der bayerischen Landtagsfraktion selbst die Verräter sitzen, daß in der Fraktion Elemente sind, die ein falsches Spiel treiben im Auftrag von Jesuiten und Freimaurern.** (!)

Ich achte Ludendorff als Feldherr, aber was den politischen Führer Ludendorff anlangt, so mußte ich aus eigenstem Erleben meine Ansicht aufs gründlichste revidieren. **Bei dem Wahlkampf in Bremen erteilte Ludendorff den Nationalsozialisten den Befehl, sich aufzulösen.** (Zuruf: „Polnischer Ochse!") Das ist dasselbe, als wenn der Feldherr zu Beginn einer Entscheidungsschlacht den Befehl gibt, die alte Garde solle sich auflösen und zum Feind übergehen. **Einem Führer, der ganz sichtbar Befehle gibt, die zum Ruin der Bewegung führen, weigere ich mich zu gehorchen. Wie kann ich Vertrauen zu einem Führer haben, der, obwohl er erst spät in die fertige Bewegung gekommen ist, obwohl er keinen Heldenmut gezeigt hat, obwohl er einer der größten deutschen Männer sein will, die alten naturgewachsenen Führer in Schmach und Schande aus der Bewegung heraustreibt! Einem solchen Manne, der die Grundsätze einer Bewegung erschüttert, kann ich nicht vertrauen; ich muß ihm mißtrauen und ihn bekämpfen.**

Man hat Zuchthäusler in die Fraktion gewählt, Konzessionsarbeiter. Liegt da nicht Methode und System darin? Wer sind die Arbeiterführer in der Reichstagsfraktion? **Da sitzen nur Generale, Majore und andere Offiziere, Leute, die sicher nicht in der Lage sind, in Arbeiterkreisen zu werben. Glaubt man denn, man zieht die Arbeiterschaft mit Obersten und Majoren zu uns herüber?** Wenn diese hohen Herrschaften wirken wollen, dann sollen sie in Arbeiterversammlungen gehen, wo Stuhlbeine und Bierseidel fliegen! Da können sie beweisen, ob sie Arbeiterfreundlichkeit besitzen! Die Leute, die da in der Fraktion sitzen, lassen sich wie eine Ziehharmonika auseinanderziehen, weil sie sonst die Gelegenheit verlieren, im Harmonikazug zu reisen. **Ludendorff hat alle Chancen als unbeeinflußbarer Führer verloren, nachdem er sich dem Parlamentsklüngel ausgeliefert hat.**

Wir haben noch keinen Beschluß gefaßt über die Wahlparole; aber das steht fest: **Diesem Reichstagskandidaten der sogenannten Nationalsozialistischen Freiheitspartei nicht eine einzige Stimme! Kann man Vertrauen zu Führern haben, welche den Verrat an Hitler begangen haben und Hitler am liebsten ewig im Gefängnis haben wollen?** Die 17 000 Leute, die hinter uns stehen, sind alte, echte Nationalsozialisten. Sie sind ja vielmehr wert als die halbe Million von dem **Gelichter des Völkischen Blocks unter Führung von Strasser und Ludendorff.** Wir drei (Esser, Streicher, Dinter) wissen ganz genau, was wir wollen, wenn wir auch heute noch nicht darüber reden. (!) Wir sind entschlossen, den Kampf durchzuführen, weil wir die Ueberzeugung haben, daß die Reichsführerschaft und die Fraktion mißbraucht werden, die Hitlerbewegung zu vernichten."

*

Die Charakteristik Dinters über den „Polnischen Ochsen" bestätigt nur die allgemeine Auffassung innerhalb des deutschen Volkes über den Kriegsverlierer Ludendorff, den neuerdings sämtliche Offiziersverbände in Acht und Bann erklärt und die Standesgemeinschaft mit ihm, wie die 27 bayerischen Generale bereits vor wenigen Tagen, abgelehnt haben. Mit dem großen Feldherrn will kein Mensch mehr etwas zu tun haben, sein Dünkel und die Art, wie er seinen unzügelhaften Ehrgeiz zum Ausdruck bringt, hat selbst die Treuesten der Treuen abgestoßen. Dinter hat einst ebenfalls zu dieser Kategorie bedauernswerter Menschen gehört. Wenn er heute in das Haßlied gegen Ludendorff einstimmt, dann nicht etwa zur Rettung der völkischen Bewegung, sondern zur Wahrung persönlicher Interessen. Er ist der gleiche Charakter wie Ludendorff, ebenfalls nur vom Ehrgeiz und nicht von den Interessen der anderen geleitet. Wo er geht und steht, zeichnet ihn das Strebertum aus. Nur so war Dinter zur Führung der Völkischen berufen. Diese Führung ist mit Ludendorff gleichwertig. Ihr Anhang galt ihnen immer nur als Mittel zum Zweck, als Hilfstruppe zur Verwirklichung eigener Interessen, zur Betätigung an der Futterkrippe. Wäre Dinter am 4. Mai in den Reichstag gewählt worden, dann hätte auch von ihm gegolten, was er mit Neid jetzt von den anderen sagt: Die Leute, die da in der Reichstagsfraktion sitzen, lassen sich wie eine Ziehharmonika auseinanderziehen, weil sie sonst die Gelegenheit verlieren, im Harmonikazug (D-Zug) zu reisen. Wahrhaftig: Das ist der Geist der Völkischen.

Herr Laverrenz,

deutschnationaler Spitzenkandidat in Berlin.

Klitsch-Klatsch, eins auf den Deez!
Pitsch-Patsch, sowas macht Jeez!
Tritt in den Bauch, Stoß ins Genick:
Das ist Herrn Laverrenz Politik.

Der konfiszierte Trotzki.

Die unfähigen Führer Sinowjew und Kamenew.

Trotzki scheint sich von der vorjährigen Parteidiskussion, die nach außen hin für ihn mit einer Niederlage geendet hat, einigermaßen erholt zu haben. In seinem neuesten Werke über die Oktober-Revolution 1917 ist er mit den Leitern der 3. Internationale so entschieden zu Gericht gegangen, daß, das Buch laut Nachricht des „Sozialistischen Boten" bereits konfisziert worden ist. Die „Prawda" sieht in der von Trotzki heraufbeschworenen neuesten „Parteisensation" nicht nur einen Leitfaden für die kommende Parteidiskussion, sondern auch **eine große Gefahr der Entbolschewisierung der nichtrussischen kommunistischen Parteien. Sie rechnet deshalb so scharf als möglich mit Trotzki ab.** Des langen Artikels Sinn geht dahin, daß Trotzki den Leitern der Komintern, insbesondere Sinowjew und Kamenew die Führerbefähigung abspricht, weil sie sich im Jahre 1917 gegen die Oktober-Revolution ausgesprochen hätten. Wäre es nach ihnen gegangen, so hätte das Proletariat die Macht damals nicht ergriffen. **Ebenso seien sie auch unfähig, im Augenblick die internationale kommunistische Politik zu bestimmen.** Die Ereignisse in Bulgarien und der Oktoberputsch vom Jahre 1923 in Hamburg hätten den Beweis dafür geliefert. In Bulgarien hätten sie den Bauernaufstand provoziert, ohne daß die politischen und organisatorischen Voraussetzungen dafür bestanden hätten. In Deutschland dagegen hätten sie sich eine revolutionäre Situation von welthistorischer Bedeutung entgehen lassen, indem sie den Aufstand in Hamburg im Jahre 1923 nicht zu einem siegreichen Ende gebracht haben. Die Argumente, die der anonyme Verfasser des Artikels gegen diese Behauptungen Trotzkis anführt, sind äußerst bezeichnend. Er glaubt, daß abgesehen von der ungenügenden Leitung der KPD. der Aufstand in Hamburg u. a. auch deshalb mißlungen sei, **weil man die Bedeutung der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland unterschätze. Sie habe sich noch lange nicht überlebt.**

Der Artikel der „Prawda" bedeutet anscheinend den Anfang einer neuen Parteidiskussion. Jedenfalls ist es äußerst pikant, aus Trotzkis Feder eine derartige Werteinschätzung der unheilvollen Leitung der Kommunistischen Internationale zu erfahren. Die Leitung der KPD. in Deutschland ist der in Moskau noch nicht einmal ebenbürtig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411111-19/fragment/page=0001

Sozialdemokratischer Sieg in Oldenburg.

Die Sozialdemokratie marschiert auf der ganzen Linie vor. Nach Hamburg kamen die Siege aus Mecklenburg und Anhalt. Auch in Oldenburg, wo am Sonntag die Städte Rüstringen und Varel die Gemeindevertretung wählten, ist ein neuer Erfolg an die Fahne der Sozialdemokratie geheftet worden. In der Stadt Rüstringen wurden von 26 Vertretern für die Sozialdemokraten 14 gewählt. Die Hoffnung der Rechten, die sozialdemokratische Gemeindemehrheit zu brechen, ist damit gescheitert. In Varel wählte Stadt und Land getrennt. In der Stadt behauptete die Sozialdemokratie ihren alten Besitzstand. Auf dem Lande haben die Reaktionäre gemeinsam von den Bauern nur 894 Stimmen erhalten, während Sozialdemokraten, Demokraten und Mieter zusammen 1665 Stimmen erhielten; davon entfielen 764 auf die Sozialdemokratie. Selbst die Bauern rücken von den Rechtsparteien ab und wählen die Sozialdemokraten. Es geht auf der ganzen Linie vorwärts. Das ist der Weg zum 7. Dezember.

Pariser Echo der Anhalter Wahlen.

Paris, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Sieg der demokratischen Parteien bei der Landtagswahl in Anhalt hat in den politischen Kreisen in Paris einen starken Eindruck gemacht. Zusammen mit dem Ausfall der jüngsten Wahlen in Hamburg sieht man in der Niederlage, die die Rechtsparteien erlitten haben, ein erfreuliches Anzeichen für die innenpolitische Entwicklung in Deutschland und knüpft daran die Hoffnung, daß der neue entschiedene Ruck nach links im Interesse der Verständigung zwischen den beiden Völkern bei den Reichstagswahlen eine Bestätigung finden möge.

Ueberall siegt die Linke.

Genf, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag fanden hier die Stadtratswahlen statt. Auch sie führten zu einem Siege der Linken. Sämtliche Kandidaten der radikalen Liste wurden gewählt: drei Radikale, zwei Demokraten, zwei Sozialisten.

Erkelenz gegen Stresemann.

„Er redet meist anders, als er handelt."

In Düsseldorf hat sich der demokratische Führer Erkelenz in einer Wahlrede mit der Behauptung Stresemanns auseinandergesetzt, daß es keine demokratische und keine reaktionäre Außenpolitik gäbe. Nachdem Erkelenz die Gewaltpolitik als die reaktionäre und den Weg der Völkerverständigung auf der Grundlage des Mitbestimmungsrechtes als die demokratische Außenpolitik eingehend dargelegt hatte, fuhr er fort: „Stellte es einen deutschen Außenminister geben, der diesen Unterschied nicht kennt? Von allen grundsätzlichen Erwägungen abgesehen: Deutschland hat keine Macht zu einer Gewaltpolitik und hat deshalb nur den Weg der demokratischen Außenpolitik. Herr Stresemann ist Realpolitiker genug gewesen, diesen Weg zu gehen. Aber er redet meist anders, als er handelt und fällt auch sonst immer wieder in seine alte Geistesverfassung zurück."

Nicht nur Stresemann, sondern auch seine übrigen Freunde aus der Volkspartei reden anders als sie handeln und reden überdies jeden Tag anders und handeln jeden Tag anders. Sie pflegen eben nach besten Kräften die Tradition der Fraktion „Drehscheibe", in der nie die linke Hand wußte, was die rechte tat.

Die Völkischen und die Landarbeiter.

Die völkischen Abgeordneten haben im Reichstag keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die jetzigen Besitzverhältnisse auf dem Lande aufrechterhalten und zugleich verbindern wollen, daß Kleinbauern und Landarbeitern ein besseres Los beschieden werde. In der Sitzung vom 27. Juli hat der völkische Abgeordnete Weidenhöfer sich ausdrücklich gegen den Vorwurf der anderen Rechtsparteien gewendet, als ob die Völkischen den Großgrundbesitz aufteilen wollten. Der Abgeordnete Schlieephacke nannte die Forderung des sozialdemokratischen Abgeordneten Schmidt (Köpenick), „daß die Landwirtschaft ihre Landarbeiter wesentlich besser bezahlen könnte, als sie es tatsächlich tut", eine demagogische Hetze. Die Völkischen sind aber nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis gegen die Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Massen auf dem Lande. Der von uns erwähnte völkische Abgeordnete Schlieephacke besitzt z. B. in Schlesien ein Rittergut. Er erkennt, wie man uns von dort berichtet, nicht nur die ohnehin niedrigen Löhne an und zahlte den bei ihm beschäftigten Landarbeitern die Löhne auch nicht aus, sondern mußte erst durch Klage und Pfändung dazu gezwungen werden.

Ob es noch Kleinbauern und Landarbeiter gibt, die bei der kommenden Reichstagswahl einem völkischen Kandidaten ihre Stimme geben?

Die innenpolitische Spannung in Italien. Der Innenminister hat, ein Kennzeichen für die innenpolitische Spannung, in der sich das Italien Mussolinis zurzeit befindet, bis auf weiteres Versammlungen und Umzüge verboten. Er findet damit die selbstverständliche Billigung der Regierungspresse, während die Opposition schärfsten Einspruch gegen diese Knebelung erhebt.

Gegen die Ausräuberung der Verbraucher.

Der Stimmzettel eine Lebensfrage.

Die Regierung hat Ende der verflossenen Woche eine neue Verbilligungsaktion angekündigt und durch Steuermilderungen eingeleitet. Ihr Programm ist in seinen Einzelheiten noch unbekannt. Jedoch ist anzunehmen, daß unter dem Druck der kommenden Linksmehrheit im Reichstag (siehe den Wahlausfall in Anhalt) endlich der Mut gefunden wird, mit einem System der Volksausplünderung Schluß zu machen, daß sich seit Jahresfrist töblich lähmend auf unsere Wirtschaft legt.

Vorläufig muß sicherlich damit gerechnet werden, daß die Regierung energisch jene Bewegung nach Korrektur der Löhne usw. unterstützt, da unsere Wirtschaft an einem Grundübel, der Disharmonie zwischen Löhnen und Preisen, leidet. Für ihr Teil hat die Regierung ja die Berechtigung dieser Forderung anerkannt, indem sie die Erhöhung der Beamtengehälter ankündigte.

Die nominelle Lohnerhöhung ist aber selbstverständlich nur dann von Wert, wenn sie einer Erhöhung des weit unter Friedensstand liegenden Reallohnes zugute kommt. Das ist mit der vollzogenen Erhöhung des Nominallohnes nicht sofort der Fall, da wir im Grunde genommen heute noch immer dieselbe Situation wie in der Blütezeit der Inflation haben, wo z. B. der Ankündigung einer 15prozentigen Lohnerhöhung für die Metall- und Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen die sofortige Preissteigerung um 25 Prozent folgte. Der Reallohn kann nur gesteigert werden, wenn mit der Lohnfrage sofort das Preisproblem gelöst wird, das der Reichsfinanzminister am vergangenen Sonnabend als Kernfrage in der Wirtschaft überhaupt bezeichnet hat. Die Dinge haben sich so zugespitzt, daß man getrost sagen kann: es gibt keine Lohnerhöhung ohne Preisdruck und Preiskorrektur.

Zahlenmäßig läßt sich nun der Beweis erbringen, daß Gehalt, Lohn usw. heute noch immer ausschließlich für die Ernährung verausgabt werden. Damit treten die Lebensmittelpreise in den Vordergrund der Erörterungen. Wir möchten behaupten, daß hier der Angelpunkt des ganzen Sanierungsprogramms liegen muß. Lebensmittelpreise erscheinen klein und nichtig gegenüber den großen Wirtschaftsfragen, und doch sind sie heute Krankheitserreger, die ja im allgemeinen gefährlicher sind, je weniger sie beachtet werden. Durch sie entscheidet sich, was den Arbeitnehmer angeht, die Frage des absoluten oder relativen Mehrwerts, bezüglich der Wirtschaft, der Frage des Exports und der Kaufkraft. Die Lösung der Frage denken wir uns durch Verordnungen und Bestimmungen, freiwillige Vereinbarung oder durch positives Eingreifen (Kartellgericht, Geldpolitik, Regulierung der Preise durch Beeinflussung der Marktlage usw.).

Welche Aussichten sind nun, in großen Zügen betrachtet, vorhanden? Die Preisbildung für Lebensmittel war in den letzten Wochen durchaus uneinheitlich. Die Getreidepreise (Weizen und Roggen, Berlin) sind im Oktober pro 1000 Kilogramm um 40 bis 45 Mark gefallen aus Gründen internationaler Natur. Kein Mensch weiß aber, ob sie nicht morgen wieder aus rein spekulativen Ursachen auf 240 und mehr Mark anziehen. Dieser Zustand der Unsicherheit kann natürlich keinem, vor allem dem Landwirt nicht dienen, so daß das Bestreben, den deutschen Markt durch Benutzung und Ausgestaltung der Organisationen der Reichsgetreidestelle von der ausländischen spekulativen Preisgestaltung unabhängiger zu machen, was ja im Anfang dieses Jahres der Fall war, kaum auf Widerstand stoßen dürfte. Andererseits müßte in bezug auf Fleisch (in Frage kommen die hohen Erzeugerpreise für Schweine) die Senkung auf Grund von Vereinbarungen usw. möglich sein. Die Hoffnung ist um so mehr berechtigt, als die Landwirtschaft ja kaum ein Produkt hat, das nicht über Friedenspreis liegt.

Vielleicht ist im Anschluß an diese und andere ähnliche Fragen (z. B. Kartoffelpreis) eine Reorganisation der mittleren Preisprüfungsstellen möglich, wobei zu beachten ist, daß diese Institute zum Teil aus Gründen der Besetzung und des bösen Willens einer deutschnationalen Bureaukratie (z. B. im Bezirk Königsberg) gegen Anordnungen der Zentralstellen versagt haben.

Immerhin erscheint es so möglich, eine unerläßliche Grundlage für die Preisbildung in vernünftigen Erzeuger- und Großhandelspreisen zu schaffen und die Einheitlichkeit zwischen der Preisbildung im Groß- und Kleinhandel zu erzwingen. Uns werden von einer landwirtschaftlichen, sozusagen halbamtlichen Stelle, Berechnungen zur Verfügung gestellt, die den Skandal, der sich im Laufe des Monats Oktober auf diesem Gebiet entwickelt hat, grell in Erscheinung treten lassen. Die Preisbildung für Rindfleisch (in Goldpfennig für 1 Kilogramm) vollzog sich wie folgt:

	Marktpreis für Lebendvieh (Berlin)	Ladenpreis (Berlin)	Spanne
1. Woche:	84	200	238 %
2. „	80	200	
3. „	84	200	
4. „	74	200	270 %

Spanne zwischen Ladenpreis und Marktpreis:

Anfang Oktober: ——— 238

Ende „ ——— 270

Es ist ein Sinken des Erzeugerpreises, aber eine Vergrößerung der Spannen zu beobachten. Die Preissenkung kommt also dem Handel und nicht dem Konsum, dem Verbraucher, zugute. Bei Schweinefleisch sank der Preis (im Oktober) für Lebendvieh (1 Kilogramm) von 178 auf 144 Pf., mit dem Erfolg, daß sich die Spanne zwischen Markt- und Ladenpreis von 146 auf 156 Prozent erhöht. Bei der Kartoffel (in Goldpfennig für ½ Kilogramm) sinkt im Oktober der Erzeugerpreis (Notierung Berlin) von 2 auf 1,8. Der Kleinhandelspreis aber steigt von 3,5 auf 4, wodurch sich die Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis von 175 auf 222 Prozent erhöht. Ein feines Geschäft! Allgemein interessieren dürfte auch die Brotpreisbewegung, die wir in Goldpfennig für 1 Kilogramm wiedergeben:

	Roggen (Börse Berlin)	Roggenmehl (Börse Berlin)	Brot (Berlin)	Spanne Brot : Roggen
1. Woche:	24,6	35,7	37	148 %
2. „	22,9	33,3	37	
3. „	22,6	32,5	38	
4. „	20,5	31,5	38	181 %

Spanne zwischen Brotpreis und Roggenpreis:

Anfang Oktober: ——— 148

Ende „ ——— 181

Diese Entwicklung der Preise kann man nur als systematische Ausräuberung der Verbraucher und als Sabotage der Wirtschaft bezeichnen. Wir wissen nicht, welche Maßnahmen die Regierung gegen die Preiswegelagerei ergreifen wird. Hier wird unser Ernährungsminister Gelegenheit haben, alte Sünden einigermaßen gutzumachen. Wir erwarten in Kürze eine entsprechende Verlautbarung. Zunächst erscheint es uns angebracht, einmal auf die Frage der angemessenen Zuschläge im Kleinhandel einzugehen. Bekanntlich erlaubt sich der Kleinhandel heute noch Zuschläge wie vor dem Kriege. Soviel wir wissen, hat sich das Wirtschaftsministerium vor Monaten damit beschäftigt. Das Kartellgericht hat eine wichtige Entscheidung dagegen getroffen. Man hat aber, weil man den Sturm gegen das Kartellgesetz überhaupt fürchtete, den Entscheid auf sich beruhen lassen. Nach einer zu erwartenden klaren Stellungnahme in dieser Angelegenheit wird sich dann der Zuschlagswucher (besonders sind die übersetzten Zinsen und Provisionen usw. und die Preise in der Schuhbohlerei und Maßschneiderei usw. mit ihrem Rückfall in ein rückständiges, die freie Konkurrenz tötendes Zunftwesen zu erwähnen) genügend erörtern lassen.

Wir haben kurz einige Grundfragen gestreift, die hervorragende Beachtung in dem kommenden Programm der Regierung verdienen. Der Erfolg hängt aber von der energischen Durchführung des Prorgramms ab. Im allgemeinen sind wir der Auffassung, daß man diese nüchternen Wirtschaftsfragen nicht mit den Fragen der Politik verbindet. Unsere Hinweise auf die bisherigen Widerstände gegen eine vernünftige Lohn- und Preispolitik werden aber dem Leser zeigen, wie wichtig der sozialdemokratische Stimmzettel am 7. Dezember ist.

*

Die Durchführung der Steuerermäßigung.

Ermäßigung der Lohnsteuer bereits im Dezember.

Berlin, 11. November. (Radiomeldung.)

Ueber die Durchführung der Steuerermäßigung wird jetzt amtlich mitgeteilt:

1. Die soeben erlassene zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen hat auf die am 10. November (Schonfrist 17. November) und auf die am 10. Dezember (Schonfrist 17. Dezember) fälligen Monatsvorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer noch keinen Einfluß. Die Monatsvorauszahlungen auf diese beiden Steuern im November und Dezember sind demgemäß noch in der bisher vorgesehenen Höhe zu leisten. Die Ermäßigung um ein Viertel drückt sich erstmals bei der am 10. Januar 1925 (Schonfrist 17. Januar 1925) fälligen Monatsvorauszahlung aus.

2. Für die Gewerbetreibenden, die ihre Vorauszahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftssteuer für ein Vierteljahr, und zwar erst nach Ablauf desselben leisten, drückt sich die Ermäßigung nur ein Zwölftel bei der am 10. Januar 1925 (Schonfrist 17. Januar 1925) fälligen Vorauszahlung aus.

3. Die Landwirtschaft leistet ihre Vorauszahlungen für ein Vierteljahr, aber nicht erst nach Ablauf, sondern in der Mitte desselben, also für die Monate Oktober, November und Dezember 1924 am 15. November 1924. Daher ermäßigt sich bereits die am

Wahrsagerei.

Der begreifliche Wunsch, den Schleier von der verborgenen Zukunft zu heben, hat die Wahrsagerei erstehen lassen. Schon die älteste uns bekannt gebliebene Menschheitsgeschichte weiß von Wahrsagerei zu erzählen. Mit jeder Religion ist sie innig verbunden gewesen. Die Priester erklärten ihre Weissagungen für „Offenbarungen Gottes" und drückten ihnen damit den Stempel unbedingter Glaubwürdigkeit auf. Die Priester selbst erschienen zugleich als besonders begnadete Vertrauensmänner ihres Gottes oder ihrer Götter. Doch auch außerhalb des Rahmens kirchlicher Beeinflussungsmittel hat die Wahrsagerei jederzeit und bei allen Völkern eine wichtige Rolle gespielt. Noch heute ist das der Fall. Aber Tausende sind noch in dem bloden Wahne befangen, aus den Kartenblättern, aus dem Kaffeesatze, aus den Figuren, die sich am Silvesterabend aus geschmolzenem Blei oder Zinn bilden, aus den Träumen zwischen Weihnacht und Hohem Neujahr, aus dem Rufe des Kuckuck, aus dem Fluge mancher Vögel und aus zahllosen anderen Vorgängen könne die Zukunft des Menschen abgelesen werden. Der boshafte Spötter hatte ganz recht, wenn er sagte: „Den Wahrsagern ist es immer gut gegangen, den Wahrheitsagern um so übler. So war es vor Jahrtausenden, so ist es heute. Man müßte an der Möglichkeit verzweifeln, den Menschen endlich zu befreien von allem Aberwitz und Wahngläuben, wenn nicht die tröstende Tatsache zu verzeichnen wäre, daß die Zahl derer, die der Wahrsagerei noch Glauben schenken, doch recht beträchtlich abgenommen hat und fortgesetzt zusammenschmilzt.

In hoher Blüte stand die Wahrsagerei bei den alten Persern und Babyloniern. Sie sagten wahr aus dem Fluge der Schwalben, Störche und Wildenten, aus der Flamme und dem Rauche brennender Fackeln, aus den Eingeweiden der Opfertiere, aus den Zacken der Baumblätter, aus den Strahlen der Edelsteine, aus geometrischen Figuren, aus der Aederung des Marmors, aus den Rissen berstender Mauern, aus dem Heben und Sinken des Nebels, aus dem Zuge und der Gestalt der Wolken, aus den Tönen, die ein vom Wind bewegter Lederklöppel auf einem kupfernen Becken erzeugte. Und jeder Wahrsager schwor zehn heilige Eide darauf, daß gerade seine Methode die allein zuverlässige und richtige sei. Geglaubt hat er's ja selbst nicht. Aber es hat immer Leute gegeben, auf die es Eindruck machte, wenn jemand sagte, er sei bereit, das und das zu beweisen.

Dem reifen Menschen geziemt es nicht, an Wahrsagerei zu glauben. Wohl mag es ab und zu vorkommen, daß Geschehnisse mit früheren Voraussagungen übereinstimmen. Das ist aber kein schlüssiger Beweis. Beruhte die Wahrsagerei auf einem richtigen Prinzip, so müßten alle ihre Voraussagen eintreffen. Daß das nicht der Fall ist, müssen selbst die Gläubigen zugeben. Es bleibt darum dabei: Wahrsagerei ist Schwindel. Wollen wir erkennen, was die Zukunft bringt, so müssen wir die gegenwärtigen Verhältnisse befragen, aus denen die Zukunft sich gestaltet. Nicht aber geben uns Auskunft die Kartenblätter, die über den Weg laufende Katze oder der Ruf eines Vogels.

Musikpädagogische Woche in Halle.

Die Pädagogische Arbeitsgemeinschaft wird im Rahmen der Musikpädagogischen Woche auch die Methode Jaques-Dalcroze vorführen und hat dafür Hedwig Rottebohm, dipl. Lehrerin der Methode, gewonnen. Die am 15. November, nachmittags 4¼ Uhr, im Thaliasaal stattfindende Vorführung soll in erster Linie an einer Reihe von Uebungen, die im Hinblick auf die Massenerziehung in den Schulen nicht nur von einigen besonders guten Schülern, sondern von ganzen Klassen, soweit es der Raum gestattet, ausgeführt werden, den allgemein erzieherischen und musikpädagogischen Wert der Methode zeigen, namentlich in dem Arbeiten der Kinder unter- und miteinander. U. a. werden die Schüler, Kinder und Erwachsene, selbstverfundene körperlich musikalische und plastische Studien und Tänze zeigen und auch die musikalische Begleitung dazu selbst ausführen. Die Aufführung wendet sich somit in erster Linie an Eltern und Erzieher und solche Lehrer, in deren Unterrichtsfach der Körper oder die Musik einen Faktor bildet. Eintrittskarten (à 1 Mk.) in der Neudeutschen Buchhandlung.

George Eliots Gatte.

In London ist dieser Tage im Alter von 84 Jahren John Walter Croß gestorben, mit dem sich Mary Anne Evans, die unter ihrem Verfassernamen George Eliot zur Weltberühmtheit gelangte englische Romanschriftstellerin, wenige Monate vor ihrem Tode vermählt hatte. Der Verstorbene hat neben dem Grab seiner berühmten Gattin die letzte Ruhestätte gefunden. George Eliot, die mit G. A. Lewes viele Jahre in intimstem Verhältnis gelebt hatte, ohne ihn heiraten zu können, da Lewes' Gemahlin, obgleich im Irrenhaus, noch lebte, hatte Croß, den Sohn eines Liverpooler Bankiers, auf einer Italienreise kennengelernt. Beide traten bald in Beziehungen zueinander, und Croß leistete der Schriftstellerin als geschäftlicher Ratgeber gute Dienste. Nach dem Tode von Lewes hatte die Eliot am 6. Mai 1880 Croß geheiratet und war mit ihm nach England zurückgekehrt. Aber schon im Dezember desselben Jahres starb die berühmte Schriftstellerin an einer Lungenentzündung, deren Keim sie sich bei dem Besuch eines Konzerts geholt hatte. Der Gatte hatte im Jahre 1884 auf Grund ihrer hinterlassenen Briefe und Tagebuchaufzeichnungen eine Biographie der Eliot veröffentlicht.

Hallesches Theater- und Kunstleben.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, 7½ Uhr: „Der Meisterboxer", Schwank von Mathern und Schwarz. Mittwoch: „Ein Sommernachtstraum". Donnerstag (in neuer Einstudierung): „Medea", dramatisches Gedicht von Grillparzer. Freitag: „Der Zigeunerbaron". Sonnabend 7½ Uhr: „Euryanthe". Sonntag vormittag: Morgenfeier für Peter Cornelius (zu kleinen Preisen von 2 Mk. bis 80 Pf.). Sonntag abend 7½ Uhr: „Undine".

Morgenfeier im Stadttheater. Am Sonntagvormittag findet die zweite Morgenfeier im Stadttheater statt; sie ist Peter Cornelius anläßlich seines 100. Geburtstages gewidmet. Mitwirkende: Henriette Böhmer, Maria Günzel-Dworsli, Walter Grimm, Christian Andersen, Karl Timäus. Leitung: Generalmusikdirektor Erich Band. Den einleitenden Vortrag hält Herr Prof. Dr. H. J. Moser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411111-19/fragment/page=0002

16. November (Schonfrist 22. November) fällige Vorauszahlung um ein Zehntel.

4. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn wird zurzeit noch nach den bisherigen Vorschriften vorgenommen. Die in der Verordnung des Reichspräsidenten vorgesehenen Ermäßigungen (Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages von 50 auf 60 Mk. und Miterhebung von 20 Pf. wöchentlich, 80 Pf. monatlich) gelten erstmals für den Steuerabzug, der für Arbeitsleistungen im Dezember vorgenommen wird. Ein Ausführungserlaß wird ergehen.

5. Die Ermäßigung der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 auf 1½ Prozent und der erhöhten Umsatzsteuer von 15 auf 10 Proz. gilt erst für die Umsätze, die vom 1. Januar 1925 erfolgen. Demgemäß sind die Umsatzsteuervorauszahlungen, die am 10. November, 10. Dezember und am 10. Januar nächsten Jahres fällig werden, noch in der bisherigen Höhe, das heißt 2 Prozent bzw. 15 Prozent, zu leisten.

6. Schließlich wird noch darauf hingewiesen, daß ein Viertel der Vermögenssteuer, deren Satz unverändert bleibt, am 1. November (Schonfrist 22. November) fällig ist.

Nationalistisches und Kommunistisches.

Wie die Sowjetregierung sozialisiert. Ende Oktober ist zwischen dem russischen Botschafter in Rom und Mussolini ein Abkommen unterzeichnet worden, nach welchem einem italienischen Konsortium das alleinige Recht auf Ausbeutung der riesigen Kohlenlager im Donetzgebiet für 33 Jahre übertragen worden ist. Die Kohlenlager waren von der Sowjetregierung als „sozialisiert" erklärt worden. — Ebenso ist dem amerikanischen Trusttönig Hareiman, dem mächtigsten Feinde der amerikanischen Arbeiterklasse, von der Sowjetregierung das alleinige Recht auf Ausbeutung der Mangangroßlager in Georgien verkauft worden. Erst hat die Sowjetregierung widerrechtlich den Georgiern ihr Land gestohlen, und nun verkauft sie auch noch die Bodenschätze, die ihr gar nicht gehören. So sieht der bolschewistische Kampf für Recht und Freiheit aus.

Zum Dolchstoß von hinten. In seinen Erinnerungen beklagt sich Clemens v. Delbrück, der 1914 Staatssekretär des Innern und 1918 Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts war, wie schroff die Konservativen, also die heutigen Deutschnationalen, jederzeit soziale Forderungen abgelehnt, dafür ihre großagrarischen Ansprüche in den Vordergrund geschoben hätten, wie sie auch immer Feinde einer ausreichenden Erbschaftssteuer gewesen wären. Ueber die Lage an der Westfront am 1. Oktober 1918 schreibt er:

„Die Oberste Heeresleitung ist der Ansicht, daß an der Westfront täglich eine Katastrophe eintreten kann, und verlangt sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen."

Dieses Bekenntnis, das mit dem Verhalten Ludendorffs völlig übereinstimmt, ist wertvoll aus der Feder eines Mannes, der selbst konservativ ist. Nicht durch einen Dolchstoß von hinten, sondern durch den Zusammenbruch Ludendorffs ist die Katastrophe herbeigeführt worden.

Altbewährte Brüderschaft. Vergangenen Dienstag sprach der völkische Abgeordnete Becker in Brandenburg a. Havel in einer öffentlichen Versammlung über die Reichstagswahlen. In der Aussprache trieben ihn sozialdemokratische Redner arg in die Enge. Sie widerlegten Beckers Behauptungen. Da sprang ein Kommunist dem völkischen Freunde zur Seite — und vertrat dessen Anschauungen. Auch diese nachbarliche Unterstützung konnte allerdings nicht verhindern, daß die Versammlung in ihrer Mehrheit die völkisch-kommunistische Brüderschaft ablehnte.

Das Sowjet-Schandregiment.

Das Auslandsorgan der russischen Sozialdemokraten, der „Sozialistische Bote", berichtet, daß der Hungerstreik der gefangenen Sozialisten in Solowetzki nach dem Eintreffen der Untersuchungskommission aus Moskau abgebrochen wurde. Unter dem Einfluß der Alarmnachrichten der europäischen sozialistischen Presse und insbesondere dank der energischen Vorstellung der Engländer hat die Sowjetregierung sich zu einer Reihe von Zugeständnissen bequemt. So wurden alle Kranken, auch diejenigen, deren Verbannungsfrist in diesem Winter abläuft, von der Insel auf den Kontinent überführt. Auch wurde die Verpflegung verbessert und das Regime gemildert. Mit ihrer Hauptforderung, das Konzentrationslager in Solowetzki aufzuheben, sind die Verbannten jedoch nicht durchgedrungen.

Außenpolitik und leere Drohungen.

Münster, 11. November. (Radiomeldung.)

Der Reichskanzler hielt gestern in Osnabrück in einer öffentlichen Zentrumsversammlung eine Rede, in der er auch für die Zukunft eine unentwegte Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik forderte: „An dem Gedanken der Verständigungspolitik dürfen wir nicht rütteln lassen. **Den Weg zur Freiheit können wir nicht durch leere Drohungen erzwingen, die bei unserer offenkundigen Schwäche lächerlich wirken müssen.**" Der Kanzler gab dann seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß die Parteikonstellation der Mitte auch künftig den festen Kern der Regierung bilden müsse.

Parteitag der republikanisch-sozialistischen Partei.

Paris, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der unter dem Vorsitz Painlevés abgehaltene Parteitag der Republikanisch-sozialistischen Partei hat nach einer zweitägigen Aussprache über die schwebenden Fragen der inneren und äußeren Politik eine längere Entschließung angenommen, die ein politisches Glaubensbekenntnis der Partei darstellt. Es heißt darin: Die Republikanisch-sozialistische Partei ist ausgesprochen reformistisch. Sie erblickt ihre Hauptaufgabe in einer den realen Verhältnissen Rechnung tragenden Organisation der Demokratie und ist deshalb der Auffassung, daß alle Reformen nur als Etappen angesehen werden müssen in dem Entwicklungsprozeß einer ständigen Veränderungen unterliegenden Gesellschaft. Die Organisation der Demokratie kann nur erfolgen durch Entwicklung der kooperativen Organisation aller Hand- und Kopfarbeiter und durch die allmähliche Ersetzung des Lohnsystems durch die überlegene Form des Kollektivvertrags und der Beteiligung der Arbeiter an der Leitung und dem Gewinn der Unternehmungen. Dazu gehört weiterhin die Umwandlung aller Privatmonopole in öffentliche Betriebe. Nur auf diesem Wege können ohne gewaltsamen Umsturz die Ziele der Republikanisch-sozialistischen Partei erreicht werden.

Diese Ziele werden in der Parteierklärung wie folgt umschrieben: Abschaffung des Lohnsystems, **Sozialisierung der Produktions- und Verkehrsmittel**, Ueberleitung des kapitalistischen Eigentums in Kollektiveigentum, jedoch unter Schonung des kleinen landwirtschaftlichen, industriellen und kaufmännischen Privatbesitzes, der eines besonderen Schutzes gegen die Ausbeutung durch die großen Geldmächte bedarf. Das Programm spricht sich weiterhin zugunsten einer Zusammenarbeit zwischen den Demokratien aller Länder aus, ferner für die internationale Organisation der Produktion und auf dem Gebiete der inneren Politik für die Laienschule, für den Ausbau der Spezialgesetzgebung und die Demokratisierung der Verwaltung. In der Aussprache, die der Annahme dieses Parteiprogramms vorausging, wurde eine Anfrage, ob dieses Programm für die republikanisch-sozialistische Fraktion bindend sei, von deren Vorsitzenden Violette ausdrücklich bejaht.

Revolutionäre Bewegung gegen die spanische Militärdiktatur.

Aus Spanien treffen in den letzten Tagen fortgesetzt Alarmmeldungen ein, die erkennen lassen, daß dort eine **weitverzweigte revolutionäre Bewegung gegen die spanische Diktatur aufgewachsen ist.** Von Frankreich aus sind in der letzten Zeit zahlreiche Spanier der verschiedensten Stände meist auf dem Landwege über die spanische Grenze gekommen. Die spanische Polizei schöpfte schließlich Verdacht und nahm eine eingehende Kontrolle der Zureisenden vor. Dabei wurden Waffen aller Art, Munition und auch Schriftstücke gefunden, durch die die spanischen Behörden von dem Bestehen der spanischen revolutionären Bewegung Kenntnis erhielt. Eine sehr große Anzahl dieser Personen ist verhaftet worden. Auf Grund der gefundenen Papiere konnte die Polizei feststellen, **daß der Schlag gegen die Diktatur gleichzeitig von Madrid und Barcelona aus geführt werden sollte.** Die Polizei griff nun zu einer List und stellte den im Auslande lebenden Revolutionären eine ziemlich plumpe Falle. Diese erhielten nämlich ein Telegramm in dem es heißt: „Ueberschreitet alle die Grenze. Die Revolution ist ausgebrochen." In diese Falle gingen Unzählige. Sie machten sich auf den Weg nach Spanien und wurden an der Grenze von der spanischen Polizei sofort festgenommen. Allein in der Gegend von Barcelona sollen etwa 1000 solcher Revolutionäre interniert sein. Die Polizei erhielt durch die Verhaftungen außerordentlich viel Adressenmaterial. Im Verlauf der Verhaftungen kam es stellenweise zu blutigen Kämpfen. Genaue Meldungen sind infolge der scharfen Zensur, die in Spanien verhängt worden ist, gegenwärtig noch nicht zu erlangen.

*

Die Bewegung gegen Primero de Rivera, den spanischen Diktator, ist so alt wie die Militärdiktatur in Spanien selbst. Die Ursache ist nicht allein die Beseitigung der konstitutionellen Rechte des Volkes sondern vor allem die gänzliche Erfolglosigkeit der Diktatur hinsichtlich der Milderung der inneren Schwierigkeiten und die schweren spanischen Verluste auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz. Primo de Rivera befindet sich seit einigen Monaten in Marokko, um die kriegerischen Operationen persönlich zu leiten. Ohne Erfolg. Die revolutionäre Bewegung wollte sicherlich die Abwesenheit des Chefs des Direktoriums vom Lande benutzen, um rasch und entschieden ihren Plan der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Volksrechte durchzuführen. Die vorzeitige Aufdeckung der Bewegung hat diesen Plan zunächst vernichtet. Es kann aber gar keinen Zweifel darüber geben, daß die allgemeine Mißstimmung des Landes gegen das Direktorium, und zwar nicht nur die Mißstimmung der Arbeiter und der Intellektuellen, sondern auch großer Kreise der Bauernschaft, die Bewegung in allerkürzester Zeit wieder zu vollem Leben bringt.

Litauische Herrschaft im Memel-Gebiet.

Memel, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Gouverneur des Memelgebietes hat eine Verordnung erlassen, in der es u. a. heißt: Wer erfundene oder unzutreffende Behauptungen öffentlich aufstellt oder verbreitet, um dadurch staatliche Einrichtungen zu schädigen oder das Ansehen der Regierung herabzusetzen, **wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Lit bestraft.** Wenn das Vergehen in einer Zeitung begangen ist, kann der Redakteur oder der Verleger auf den Beschluß des Präsidenten des Landesdirektoriums mit Geldstrafe bis zu 25 000 Lit oder infolge der Unmöglichkeit des Eintreibens mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft **oder die Zeitung kann auf die Dauer bis sechs Wochen verboten werden.** In diesem Fall unterbleibt die gerichtliche Verfolgung des Redakteurs oder des Verlegers.

Diese Verordnung spricht das Todesurteil über die Memeler Presse aus. Sie ist dazu angetan, die Presse wirtschaftlich durch Verhängung hoher Geldstrafen, gegen die es keine Berufungsmittel gibt, abzuwürgen. Memelländische Zeitungen haben am Montagabend eine Erklärung veröffentlicht, in der gesagt wird, daß nach dieser Verordnung jedes Werturteil, das der Ansicht der Regierung entgegengesetzt ist, jede Kritik, jede freie Meinungsäußerung als der Regierung schädigend angesehen werden kann. Es stehe in der Geschichte der westeuropäischen Presse einzig da, daß einer einzigen Person die Gerichtsbarkeit ohne jedes Berufungs- oder Beschwerderecht des Verurteilen übertragen werden kann. Die Verordnung sei ein schwerer Verstoß gegen die Autonomie des Memelgebietes. Sie ist daher gesetzwidrig. In diesem Protest heißt es ferner: „Die Memeler Zeitungen verlangen die sofortige Aufhebung, da diese Verordnung eine radikale Knebelung der öffentlichen Meinungsfreiheit und einen Verstoß gegen die Gerichtsbarkeit und die Autonomie des Memelgebietes bedeutet. Sie erklären, daß sie sich bis auf weiteres jeder redaktionellen Bekanntgabe der Maßnahmen der Regierung sowie einer Stellungnahme dazu enthalten werden. Sie behalten sich das Recht vor, beim Völkerbund ihr Recht zu suchen, falls dieser Protest ungehört verhallt.

Am Montagabend haben sich Vertreter der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in Memel nach Kowno begeben, um den litauischen Behörden einen Protest einzureichen, in dem gesagt wird, daß diese Organisationen zum letztenmal ihre warnende Stimme erheben und zum letztenmal die Regierung auffordern, zu sagen, wann sie die Autonomie des Memelgebietes zu verwirklichen gedenke. Sollte dieser Protest ungehört verhallen, dann beabsichtigen die Organisationen, sich an die internationalen Vereinigungen der Arbeiterschaft Europas zu wenden, um dort ihr Recht zu suchen.

*

Die litauische Knebelung der deutschen Presse ist ebenso schandbar wie der Beschluß des Völkerbundsrates, das kulturell hochstehende Memelland unter die Aufsicht des kulturell tiefstehenden litauischen Landes zu stellen.

Der Generalstreik der österreichischen Eisenbahner.

Wien, 11. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Streik der Eisenbahner wird in ganz Oesterreich lückenlos durchgeführt. In der Zentralstreikleitung sitzen die Vertreter aller drei Eisenbahnerorganisationen: Sozialdemokraten, Christlichsoziale und Deutschnationale. Auf den einzelnen Stationen hat jedoch jede Organisation ihre eigene Streikleitung, die aber im gegenseitigen Einvernehmen zusammenarbeiten. Die Angestellten stehen alle auf ihren Dienstposten, so daß der Verkehr jederzeit in vollem Umfange wiederaufgenommen werden kann. Am Sonnabend hatte der Vizepräsident der Generaldirektion der Bundesbahnen, Genosse Smerskal, der zugleich Vorsitzender des freigewerkschaftlichen Eisenbahnerverbandes ist, eine Besprechung mit dem Generaldirektor Günther, der zwar formell zurücktreten war, die Geschäfte aber weiterführt. Smerskal unterbreitete einen neuen Vorschlag als Grundlage für neue Verhandlungen. Diese sind jedoch nicht aufgenommen worden, offenbar weil die Generaldirektion unter dem politischen Druck der Regierung steht. Es verlautet, daß der Präsident des Nationalrats oder eine andere neutrale Persönlichkeit heute, Dienstag, neue Verhandlungen einleiten wird. Die christlichsoziale Eisenbahnerorganisation soll am Montag dem Bundeskanzler ihre Entrüstung darüber ausgesprochen haben, daß die Regierung sich der Gesamtheit der Eisenbahnergewerkschaften gegenüber dermaßen unnachgiebig zeigt.

Die Zentralstreikleitung hat alle Vorkehrungen getroffen, um die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln sicherzustellen. Lebendes Vieh und frisches Fleisch, die aus dem Auslande kommen, dürfen befördert werden. Auch die Kohlenversorgung wurde nach Verhandlungen mit den Kohlengroßhändlern geregelt. Die Streikleitung hat sich aber sowohl von den Viehhändlern wie von den Kohlenhändlern die unbedingte Zusicherung geben lassen, daß während des Eisenbahnerstreiks keine Preiserhöhungen vorgenommen werden. Zwischen der Zentralstreikleitung und der Postgewerkschaft wurde vereinbart, daß die Auslandspost durch den staatlichen Kraftwagenverkehr befördert wird. Es verkehren infolgedessen sowohl nach Deutschland als nach der Tschechoslowakei und Ungarn täglich eine Reihe von Postautomobilen, die die Post ins Ausland befördern und vom Auslande bringen. Allerdings dürfen Pakete nicht befördert werden; nur Briefe und Zeitungen. **Im Inlandverkehr wird der Kraftwagenbetrieb von den streikenden Eisenbahnern nicht geduldet;** die Postgewerkschaft betrachtet daher diesen Verkehr als Streikbruch.

Wien, 11. November. (Radiomeldung.)

Die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften vereinbarten am Montag mit dem Präsidenten der Bundesbahnen neue Verhandlungen zur Beilegung des Streiks, die heute, Dienstag, mittag 12 Uhr beginnen sollen.

Baldwins Programm.

London, 11. November. (Radiomeldung.)

Der englische Ministerpräsident Baldwin hielt gestern anläßlich des alljährlichen Oberbürgermeisterbankettes in London eine hochpolitische Rede. U. a. sagte er, daß seine Regierung die Absicht habe, eine Politik der Stabilität und der Kontinuität zu führen, die auf Wahrung der Friedensverträge aufgebaut sei. Weder er noch seine Kollegen seien darüber im Zweifel, was der Sinn des Ausspruchs der Wähler sei. Die Masse der Landsleute wünsche einen geordneten Fortschritt und keine Periode der Stagnation. Das Land habe nicht eine Parteiregierung, sondern eine nationale Regierung eingesetzt. Das Kabinett werde bestrebt sein, sich dieses Vertrauen zu erhalten. Zu diesem Zweck habe er die beiden Säulen seiner Regierung, die Inhaber des Auswärtigen Amtes und des Schatzamtes, damit betraut, gute Beziehungen mit allen Völkern zu unterhalten und im Innern die Taschen der Steuerzahler vor unnötigen Angriffen zu schützen. Außerdem soll sofort ein Untersuchungsausschuß eingesetzt werden, der die Preisbildung im Zwischenhandel zu untersuchen hat. Die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich sollen aufrechterhalten werden durch die Unterstützung und Hilfe derjenigen Politik, die beide so nahegebracht habe. Den Schluß seiner Rede widmete Baldwin dem Ergebnis der Londoner Konferenz. Wörtlich erklärte er u. a.: „Die Regierung vertraut in vollem Umfange darauf, daß **unter dem Abkommen von London Deutschland zu einem Faktor des Friedens in Europa gemacht werden kann.** Aber die Verwirklichung dieser Hoffnung hängt in erster Linie vom deutschen Volke selbst ab. **Wir begrüßen das Bestreben Deutschlands, in den Völkerbund einzutreten, und wir vertrauen darauf, daß die Ausführung dieser Absicht nicht mehr lange hinausgezögert werden wird. Wir halten an dem Vertrag von Versailles fest, aber wir werden bereit sein, Meinungsverschiedenheiten über diesen Vertrag dem Völkerbunde zur Entscheidung zu überlassen.**

*

Nach diesen Ausführungen des konservativen englischen Ministerpräsidenten haben unsere Deutschnationalen alle Ursache, auf ihr Triumphgeheul über den konservativen Wahlsieg stolz zu sein. Wäre es möglich, daß ein deutscher Konservativer so spricht, ohne von den Reaktionären sofort zum Teufel gejagt zu werden?

Aus der Partei.

Die Hannoverschen Kandidaten.

Hannover, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Ein sozialdemokratischer Bezirksparteitag für Hannover-Braunschweig stellte am Sonntag die Kandidatenlisten für den Reichstag und den Landtag auf. Mit wenigen Ausnahmen sind es dieselben Kandidaten wie am 4. Mai. Auf der Reichstagsliste für Hannover-Süd stehen: 1. Brey (Hannover), 2. Junke (Braunschweig), 3. Frau Bartelt (Hildesheim), 4. Karsten, 5. Schiffer (Göttingen); auf der Landtagsliste für Hannover-Süd ist die Reihenfolge: 1. Hartleib (Hannover), 2. Telfer (Hameln), 3. Frau Stephan (Hildesheim), 4. Müller (Hannover). Die Reichstagsliste für Hannover-Ost lautet: 1. Peine, 2. Nowack (Harburg), 3. Frau Reese (Hannover), 4. Thiensit, 5. Köhler; die Landtagsliste für Hannover-Ost führt Gehrmann, ihm folgen Brandes, Kroeger, Tesloff.

Gegen die Vertreter des Ortsvereins Hannover empfahl der Bezirksparteitag den Genossen Leinert für eine aussichtsreiche Stelle auf der preußischen Landesliste.

Unsere Kandidaten in Köln und Koblenz.

Köln, 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Am Sonntag tagte in Bonn ein sozialdemokratischer Parteitag für den Bezirk der oberen Rheinprovinz, um die Vorbereitungen zu den kommenden Wahlen zu treffen und die Kandidaten für die beiden Wahlkreise des Agitationsbezirks zu nominieren. Nach beifällig aufgenommenen Referaten der Genossen Sollmann und Haas (Köln) über die bevorstehenden Wahlen wurde für den Wahlkreis Köln-Aachen einstimmig wieder der bisherige Spitzenkandidat Genosse Sollmann benannt. Weiter steht auf dem Reichswahlvorschlag an zweiter Stelle die bisherige Stadtverordnete Frau Schiffgens (Aachen), während an dritter Stelle der Kölner Gewerkschaftssekretär Bender kandidiert. Die Landtagswahlliste im Kreise Köln-Aachen führt wieder wie früher Genosse Haas (Köln) und Frau Roehl. An dritter Stelle steht auf dem Landtagswahlvorschlag der frühere Reichstagsabgeordnete Fries (Köln).

Im Wahlkreis Koblenz-Trier kandidiert zum Reichstag der bisherige Abgeordnete Redakteur Kirschmann. An der Spitze der Landtagswahlliste steht der bisherige Landtagsabgeordnete Kleinmeyer (Koblenz). Der Parteitag, der in voller Harmonie verlief, eröffnet die günstigsten Aussichten für die Entfaltung des 7. Dezember.

Die Kandidatenaufstellung in Hessen-Nassau.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eig. Drahtbericht.)

Der Bezirksverband für Hessen-Nassau stellte für den Reichstag folgende Kandidatenliste auf: 1. Scheidemann (Kassel), 2. Robert Dißmann (Frankfurt), 3. Gustav Hoch (Hanau), 4. Schabrich (Kassel), 5. Heinrich Hüttmann (Frankfurt), 6. Bergarbeiter Becker (Lahnkreis), 7. Witt (Wiesbaden).

In den Landtagswahlen machte der Bezirk Frankfurt a. M. zwei aussichtsreiche Posten geltend, außerdem beanspruchte er den Spitzenkandidaten. Die Debatte hierüber war sehr ausgiebig, da die einzelnen Bezirke teils gegenteiliger Meinung waren. Die Abstimmung über die Kandidatenliste ergab folgendes Resultat: 1. Redakteur Marckwald (Frankfurt a. M.), 2. Grezinsky (Kassel), 3. Haese (Wiesbaden), 4. Frau Ege (Frankfurt), 5. Kassel (Kandidat noch nicht bestimmt), 6. Witsich (Frankfurt) und 7. Wick (Oberursel).

Keine Auflösung des Sächsischen Landtages.

Dresden, 11. November. (Radiomeldung.)

Heute findet hier eine Sitzung der sozialdemokratischen Landesinstanzen statt, die sich hauptsächlich mit dem Verhalten der Fraktionsmehrheit beschäftigen soll. Es handelt sich um die Ablehnung der Landtagsauflösung durch die Mehrheit der Fraktion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411111-19/fragment/page=0003

Hausfrauen verwendet nur **Sinner** Pudding-Pulver Unübertreffliche Qualität.
SINNER A.-G. KARLSRUHE-GRÜNWINKEL

Ernst Schubert · Crumpa

Mühle und Bäckerei :: Zwiebackfabrik. Günstige Einkaufsgelegenheit für Wiederverkäufer :: **Getreide :: Mehl :: Futtermittel**

Vereins-Kalender

der SPD.,

Freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD. Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude. 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Die Veröffentlichungen der SPD. im Vereinskalender erfolgen, wenn nicht kostenlos, gegen besondere Vereinbarung die aller anderen Vereine zum jeweiligen Millimeterpreise zweispaltig abzüglich 50% Rabatt. Oeffentliche Veranstaltungen werden nur außerhalb des Vereinskalenders bekanntgegeben.

Halle

Preßkommission. Donnerstag, den 13. Novemb., nachmittags 5 Uhr, im Redaktions-Konferenzzimmer: Sitzung.

SAJ. Heute, Dienstag, den 11. November 1924, pünktlich 1/28 Uhr, im Jugendheim: Musikstunde. — Mittwoch, den 12. November, pünktlich 1/28 Uhr: Vorstandssitzung.

Aus dem Bezirk.

Brehna. Dienstag, den 11. November, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung": Oeffentliche Versammlung. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Drescher.

Kreis Merseburg-Querfurt.

Donnerstag, den 13. November 1924.

Goddula Abends 8 Uhr, „Grüner Hof": Oeffentliche Versammlung (Landesrat Undeutsch).

Lauchstädt. Abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig": Oeffentliche Versammlung (Landrat Guske).

Merseburg. Abends 8 Uhr, „Tivoli": Mitglieder-Versammlung. Geschäftsführer Geelhar: Ausstellung der Bäckereiprodukte des Allgemeinen Konsumvereins Merseburg).

Freitag, den 14. November 1924.

Pavitz. Abends 8 Uhr, „Zum Landhaus": Oeffentliche Versammlung (Landrat Guske.

Sonnabend, den 15. November 1924.

Freyburg Abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Oeffentl. Versammlung (Parteisekretär Kämpf).

Spergau. Abends 8 Uhr, im „Feldschlößchen": Oeffentliche Versammlung (Landtagskandidat Wenicheck).

Wallendorf Abends 8 Uhr, im „Anker": Oeffentliche Versammlung (Landesrat Undeutsch).

Mücheln Abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Oeffentliche Versammlung (Landrat Guske, Merseburg).

Mansfelder Lande.

Helbra. Donnerstag, den 13. November, abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof „Zum Kronprinzen": Oeffentl. Wählerversammlung Thema: Monarchistische Knechtschaft oder Republikanischer Aufstieg Referent: Genosse F. O. H. Schulz (Halle).

Konsumverein für Sangerhausen und Umgegend, e. G. m. b. H.

Bilanz am 30. Juni 1924.

Aktiva.

	Mark	Mark
Betriebsbestände:		
An Waren-Konto	95 676,00	
„ Inventar-Konto	1,00	
„ Gleisanschluß-Konto	1,00	
„ Geschirr	1,00	
„ Maschinen	1,00	95 680,00
Angelegte Werte:		
An Beteiligungs-Konto G. E. G.	4 420,00	
„ „ Verlagsgesellschaft	733,55	
„ Effekten	1,00	5 154,55
Grundbesitz:		
An Grundstücks-Konto Hüttenstr.	70 000,00	
„ „ Magdeburg. Str.	10 000,00	
„ „ Oberröblingen	4 000,00	
„ „ Kelbra	3 000,00	
„ „ Artern	10 000,00	
„ „ Wolferode	6 000,00	
„ „ Mansfeld	8 000,00	
„ „ Wimmelburg	8 000,00	
„ „ Eisleben	8 000,00	127 000,00
Verfügbare Werte:		
An Kassenbestand	3 024,49	
„ Giro-Konto Commerzbank	201,00	
„ „ Reichsbank	305,89	
„ „ Verbands-Sparkasse Eisleben	16,05	3 547,43
		231 381,98

Passiva.

		Mark
Betriebsmittel:		
Per Anteilkonto der Mitglieder	2 386,74	
„ Reservefonds	3 549,52	
„ Dispositionsfonds	428,50	
„ Baufonds	428,50	
„ Erneuerungsfonds	3 856,00	10 649,26
Soziale Fonds:		
Per Sterbeunterstützungsfds.-Kto.	9 935,65	
„ Personalunterstützungsfonds-Konto	12 890,00	
„ Produktionsfonds-Konto	1 701,15	24 526,80
Aufgenommene Betriebsmittel:		
Per Spareinlagen-Kto. d. Mitglied.	54 307,75	
„ Kautions-Konto	2 950,00	57 257,75
Grundstücks-Schulden:		
Per Hypotheken-Konto		10 000,00
Verbindlichkeiten:		
Per Lieferantenschulden	103 767,77	
„ Mitgliederrabatt	20 494,00	124 261,77
Gewinn- und Verlust-Konto:		
Per Erübrigung		4 686,40
		231 381,98

Mitgliederbewegung.

Bestand am 1. Juli 1923	8078	Mitglieder
Eingetreten im Laufe des Jahres	842	„
zusammen	8920	Mitglieder
Ausgeschieden durch Kündigung 262 Mitglieder		
„ „ Ausschluß 3 „	265	„
Bestand am 30. Juli 1924	8655	Mitglieder

Geschäftsguthaben.

Das Geschäftsguthaben betrug am 30. Juni 1924 . . . . 2386,74 Mark

Haftsumme.

Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 30. Juni 1924 . . . 432 750,— Mark

Der Vorstand.

Paul Langer. F. Heymann. R. Carstensen.

Die vorstehende Bilanz in allen ihren Teilen geprüft und für richtig befunden.

Sangerhausen, den 28. Juli 1924.

Der Aufsichtsrat.

A. Elster. Ebert. Zimmermann. Popig. P. Bleichert. Schmidt. Höppner. Raue

Gastwirtschaft Zoologischer Garten.
Heute, Dienstag, d. 11. Nov., abds. 8 1/2 Uhr:
der fünfte moderne Tanz-Sport-Abend
Musik ausgef. von der erst. hallischen
Tanz-Sport-Kapelle (à la Weinstrap)
Abonnenten des Zoologisch. Gartens und Dauerkarten-Inhaber Wittekind zahlen halbe Preise. Eintritt 1 Mk.

Kurhaus Wittekind
Morgen, Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Großes Kaffee-Konzert
bei freiem Eintritt. Ausgeführt vom gesamten Wittekind-Orchester. Leitung: Kapellmstr. Benno Plätz
35 Künstler! 35 Künstler!
Abends 8 Uhr: 11389
Gesellschaftsabend m. Tanz für Dauerkarteninhaber.

Frauenwelt
Eine Halbmonatsschrift
Jetzt mit sämtlichen Schnitten auf einem Bogen im Heft 10 Pfennig mehr. Ohne Schnitte 30 Pfg.
Zu beziehen durch
„Volksblatt"-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstraße 27.

Werbebeamte
für Zeitungs- und Literaturvertrieb gegen hohe Provision gesucht
Verlag Volksblatt G. m. b. H.
Halle a. S., Harz 42—44.
Fernruf 4605. Fernruf 4605.

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

— **Jugendspielmannzug.** Uebungsstunde Dienstag 7 Uhr, „Gewerkschaftshaus", mit Instrumenten.

— **Jugendabteilung.** Dienstag, den 11. Nov. abends 7 1/2 Uhr, trifft sich der zweite und dritte Zug in der Turnhalle der Luisenschule (hinter dem Stadtbad). Zahlungen für Kleidung werden dort entgegengenommen

Mittwoch, den 12. November, abends 7 1/2 Uhr, turnt der erste Zug in der Turnhalle Huttenschule in der Huttenstraße. Leitung hat an beiden Abenden Kam. Ferchland.

Zentralbibliothek Halle

Burgstraße 27 (Volkspark).

Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Eiserne Sparkochherde,
Heiz-, Koch- und Grudeöfen
stets am Lager oder kurzfristig lieferbar.
Reparaturen an denselben auch an Ort und Stelle.
Ersatzteile, Ofenrohre und Knie.
Langjährige Erfahrungen, billige Preise.
August Domke Werkstatt f. alle Blecharbeiten.
Autogene Schweißerei, Spezialit.: Aluminium.
Taubenstr. 9. 11379 Fernruf 5866.

Tabak-Waren hält vorrätig und liefert in allen Qualitäten billigst **Zigarrenhandlung**
Abonnements und Inserate für die **„Mansfelder Volkszeitung"** nimmt entgegen **Volks-Buchhandlg.**
W. Christange, Eisleben
Grabenstraße 50

Stadt-Theater
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Sommernachtstraum.
Donnerstag
Medea.
Die Zahlung der II. Dekade der Freitag-Stammkarten wird bis Donnerstag abend entgegengenommen.

Musik-instrumente Schallplatten
Lüders Mittelstr 9/10.
Aelteste Handlung am Platze

Sohlleo.-Ausschnitt, prima Kernware
Lederhandlung Fritzsche
Sternstrasse 6

Prima nahtlose **Leder-Gamaschen**
Sport- u. Straßenstiefel
sehr billig u. haltbar,
Schaftstiefel
jeder Art.
Wetterf. Schuhwaren.
Große Auswahl, stets billig.
Schleich, Alt. Markt 34.

Schöne **Damentaschen**
Ia Leder
sehr billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstr. 19
Lederwaren-Haus.

Kleine Inserate
finden hier weiteste Verbreitung!

Achtung!
Akkumulatorenbatterien
werden fachgemäß geladen und repariert bei
Heinrich Stemmler
11383 Geiststraße 35

Uhren, Gold- und Silberwaren
sind die schönsten Geschenk-Artikel!
Diese Artikel kauft man anerkannt gut und billig bei
Amand Weiss,
Kleinschmieden 6, gegenüb A. Michel
11386

URANIA
12 Monatshefte u. 4 Bücher
Der „Proletarische Kosmos"
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchandlung
Gr. Ulrichstr. 27.

Volkspark
Burgstraße 27.
Das eigene Heim der Hallisch. Arbeiter

Strickwolle
1/5 75 Pfg.
Bernburger Str. 16

Standuhren
üb. 50 verschiedene Must. stets a. Lager, mit prachtvoll. Gongschlägen, best. Werken verkauft billig mit schriftlich. Garantie
Uhrmachermeister
H. Schindler,
Kleine Ulrichstr. 35.
Zahlungserleichterg.

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Wir drucken

gut! schnell! preiswert!
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
Halle a. S. e. G. m. b. H. Harz 42-44

Sie können noch mehr Kundschaft bekommen, wenn Sie in dieser Zeitung inserieren!!

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung eines neuen Fluchtlinienplanes für die Nordseite der Rauchfußstraße.

Halle, den 7. November 1924.

Der Magistrat.

Am schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die Genehmigung einer Ansiedlung am sogenannten Müller'schen Privatwege (Gemarkung (Cröllwitz).

Halle, den 7. November 1924.

Der Magistrat.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städt. Schlacht- und Viehhofe

Bezahlt wurden am Montag, dem 10. November 1924:

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark: 1. höchster Preis	2. niedrigster Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	82	40	78	57—63
Bullen	80	66	75	
Kühe	85	40	78	
Jungrinder	70	68	70	
Mastkälber	—	—	—	
Saugkälber	95	73	85	
Lämmer und Masthammel	90	80	85	
Schafe	78	50	74	
Schweine einschließl. Mittel u. Geschlinge	106	96	105	

Wie köstlich
schmecken dem Kenner die guten aus
Reichel-Essenzen

für nur wenig Geld selbstbereiteten Liköre, Branntweine, Punschextrakte. Jeder Versuch—ein Erfolg! Erhältlich in Drogerien und Apotheken aber nur verbürgt mit der Echtheitsmarke „Lichtherz". Dr. Reichels Rezeptbüchlein daselbst umsonst oder kostenfrei durch Essenzenfabrik Otto Reichel, Berlin Ps. SO, Eisenbahnstr. 4,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241111-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. November 1924.

Vertreterversammlung des Allgemeinen Konsumvereins Halle und Umgegend.

Am Sonntag, dem 9. November, wurde im „Volkspark" die ordentliche Vertreterversammlung abgehalten. Anwesend waren 175 Vertreter. Genosse Fischer gab den **Bericht des Vorstandes über das verflossene Geschäftsjahr 1923/24.** Er führte u. a. aus, daß gerade dieses Jahr eines der schwierigsten gewesen ist. Durch die Inflation waren die Warenlager fast vollständig aufgebraucht und die Betriebsmittel erschöpft. Bei der Wiederauffüllung stellten sich ganz erhebliche Schwierigkeiten in den Weg. Die Festsetzung der Anteile in Goldmark, durch die eine Besserung erhofft wurde, brachte nicht den gewünschten Erfolg. Die Genossenschaft wurde gezwungen, mit Wechseln zu arbeiten. Hierdurch entstanden ungeheure Zinsaufwendungen, welche die Leistungsfähigkeit der Genossenschaft beeinträchtigten. Trotz alledem hat der Vorstand versucht, dem Namen der Genossenschaft als Faktor in der Lebensmittelverteilung am Platze Achtung zu verschaffen. Nach wie vor trat die preisregulierende Tätigkeit, wie durch wiederholte Einkäufe in Konkurrenzgeschäften festgestellt wurde, in den Vordergrund. Der Vorstand war auch trotz der äußerst schwierigen Lage ständig um den Weiterausbau der Genossenschaft bemüht. Ein Grundstück in Hohenthurm, in welchem sich die Verteilungsstelle befindet, wurde käuflich erworben, ferner eine Baustelle in Lochau. Außerdem wurde der größte Teil der Verkaufsstellen renoviert.

An den Bericht des Vorstandes anknüpfend erläuterte Genosse Hirsemann die **Tätigkeit des Aufsichtsrats.** Die Revisionsarbeiten sind ordnungsmäßig erledigt, so daß dem Vorstand Entlastung erteilt werden kann.

Der **Bericht des Sekretärs** befaßt sich hauptsächlich mit der versuchten Betriebsmittelbeschaffung. Die Betriebsmittel waren von jeher unzureichend. Er greift zurück bis zum Jahre 1920, wo die Anteilerhöhung von 20 Mk. auf 60 Mk. erfolgte. Diese Erhöhung war unbedingt erforderlich, da der Warenbestand zu dieser Zeit etwa 8 Millionen Mark höher war als die Betriebsmittel. In den darauf folgenden zwei Jahre wurde eine Erhöhung nicht vorgenommen. Als jedoch im März 1922 die Geldentwertung ins Unermeßliche stieg, folgten in kurzen Zwischenräumen wiederholte Anteilerhöhungen. Ein großer Teil unserer Mitglieder brachte die so notwendig gebrauchten Betriebsmittel nicht auf, teils aus Mittellosigkeit, teils aus Säumigkeit; ferner blieb durch diese Maßnahme ein großer Teil der Genossenschafter unseren Verteilungsstellen fern.

Für den **Betriebsrat** berichtete Genosse Hammer. Er schilderte nochmals die preisregulierende Tätigkeit der Genossenschaft und beweist dies durch Beispiele.

Den **Bericht des Genossenschaftsrates** gab Genosse Kutschbauch. Er schilderte die vom Genossenschaftsrat entfaltete Revisions- und Werbetätigkeit. (Filial-Kontrollen, Verkaufsstellen-Versammlungen, Bezirksversammlungen, Fortbildungskurse für Genossenschafter, Beschäftigung der Zentrale usw.) Durch diese Tätigkeit sei es möglich gewesen, einen erheblichen Teil der ferngebliebenen Mitglieder wieder als Käufer der Genossenschaft zuzuführen.

An diese Berichte knüpfte sich eine sehr rege Diskussion. U. a. wird vom Genossen Pfund eine Resolution eingebracht, die sich gegen die Maßnahmen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine richtet. Die Entschließung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Nach Erläuterung der übrigen Tagesordnungspunkte durch den Geschäftsführer Beige und den Aufsichtsratsvorsitzenden werden die vorgelegten Bilanzen vom 30. Juni 1924 und die Goldmarkeröffnungsbilanz einstimmig genehmigt. Die Umstellung des Geschäftsanteils und der Haftsumme, die Umwertung der Geschäftsguthaben und Sparkassenbücher in Goldmark wird ebenfalls einstimmig beschlossen. Die Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates erfolgte gegen 1 Stimme.

In den Aufsichtsrat werden gewählt die Genossen Otto Müller, Alfred Pfund, Emma Bullmann, Willi Becker, Karl Eichstedt. Als Ersatzleute R. Dörbeck und Veitz. — Abgegeben sind 175 Stimmen, davon auf die Liste der KPD. 134, Genossenschaftlicher Aufbau 39, ungültig 2.

*

Der vorstehende Bericht wurde uns von der Leitung des Konsumvereins zugestellt. Er läßt wesentliche Teile von Hirsemanns Ausführungen fehlen. Ebenso fehlen Berichte über die Ausführungen der Genossen Deininger und Eichstedt. Hirsemann ging in der ausführlichsten Weise auf die politischen Treibereien innerhalb des Vereins ein. In dem Bericht fehlt a. B vollkommen das Eingehen der oppositionellen Zeitung, die vom hallischen Konsumverein herausgegeben wurde, ferner ist von großer Bedeutung, daß Genosse Eichstedt darauf hinwies, daß Kutschbauch als Barbierher und Unternehmer nicht Mitglied des Genossenschaftsrates sein kann. Es verwundert sehr, daß die kommunistischen Mitglieder, die sonst die Satzungen sehr wohl kennen, bei Kutschbauch dies sehr vermissen lassen. Kutschbauch handelt mit Zigarren, Zigaretten, Seife und Spielwaren. Außer letzterem Artikel Waren, die der Konsumverein auch führt. Als Mitglied des Genossenschaftsrates ist es Kutschbauchs Pflicht, die Mitglieder des Vereins darauf hinzuweisen, unbedingt alles, auch Seife und Zigaretten, im Konsumverein zu kaufen. Wenn Kutschbauch diese Pflicht voll und ganz erfüllen will, so kommt er sicherlich in einen Gewissenskonflikt, wenn ein Konsumvereinsmitglied bei Kutschbauch Seife oder Zigarren kaufen will. Wir können uns nicht denken, daß Kutschbauch die in seinem Barbierladen zum Verkauf befindlichen Waren nur als Ausstellungsobjekte hält. Es ist Pflicht der aufsichtführenden Instanzen, hier nach den Satzungen zu handeln, daß Kutschbauch aus dem Genossenschaftsrat entfernt wird.

Der Einzug der „Roten Frontkämpfer".

In Gotha hatten sich am Sonntag die „Roten Frontkämpfer" zu einer ebenso „machtvollen" Demonstration versammelt wie acht Tage zuvor in Halle. Dort ist es zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, wobei es nach dem Bericht des „Klassenkampf" 25 bis 30 Verwundete gegeben hat. Am Sonntagnachmittag kehrte ein Teil der von Halle nach Gotha entsandten „Frontkämpfer" zurück und wollte mit fliegenden Fahnen in ihr Quartier in der Lerchenfeldstraße einziehen. Dabei kam es wieder zu Zusammenstößen mit der hallischen Polizei. Der offizielle Polizeibericht meldet darüber folgendes:

„Am 10. November sammelten sich gegen 4 Uhr nachmittags in der Lerchenfeldstraße in der Nähe der Produktivgenossenschaft größere Menschenmassen an, um die Teilnehmer am Roten Frontkämpfertag in Gotha zurückzuwerten. Es mußte zur Räumung der Straße geschritten werden. Dies konnte mühelos durchgeführt werden. Nur eine Frau vergriff sich an einem Polizeibeamten und schlug diesen mehrmals ins Gesicht. Gegen 5.30 Uhr nachmittags bildeten sich erneut Menschenansammlungen. Diese wurden zerstreut. Als ein geschlossener Zug des „Roten Frontkämpferbundes" anmarschiert kam, versuchten Polizeibeamte die entrollt mitgeführte Fahne zu beschlagnahmen. Die Beamten wurden tätlich angegriffen und zu Boden geworfen. Einer davon wurde leicht verletzt und ihm der Tschako und das Seitengewehr entrissen. Als der Beamte in seiner Bedrängnis einen Schreckschuß abgab, ergriffen die Täter die Flucht. Da sofort Verstärkungen zur Stelle waren, wurden weitere Zwischenfälle und Ansammlungen verhindert."

Lehrgänge für die Einheitskurzschrift.

Die Ausbildung der Lehrer und Lehrerinnen.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Berlin W 35, Potsdamer Straße 120, veranstaltet in seinen Räumen vom 24. bis 29. November Lehrgänge zur Einführung in die amtlich festgelegte neue deutsche Einheitskurzschrift. Die Kurse, die zunächst für solche Lehrer und Lehrerinnen aller Schulgattungen außerhalb Berlins gedacht sind, die schon Stenographen sind, sollen die Teilnehmer dazu befähigen, als Lehrer der neuen Einheitskurzschrift für deren weitere Einführung tätig sein zu können. Die Lehrgänge stehen unter Leitung der Herren Oberstudiendirektor Dr. Gaster und Professor Dr. Amsel. Die Lehrmittel werden kostenlos geliefert; eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben. Aus dem Reiche bereitgestellten Mitteln können jedem Teilnehmer die entstandenen Fahrkosten 3. Klasse und ein Tagegeld von 10 Mk. erstattet werden. Meldungen und Anfragen zwecks Teilnahme sind an die Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Potsdamer Straße 120, zu richten. Die Teilnehmerzahl ist beschränkt, die Zulassung kann daher nur nach erfolgter Bestätigung der Anfrahme erfolgen. Die Provinzialschulkollegien werden ermächtigt, Lehrern und Lehrerinnen, die an den Lehrgängen teilnehmen wollen, den erforderlichen Urlaub zu erteilen, so weit die unterrichtlichen Verhältnisse der einzelnen Schule es zulassen.

* **Der „Klassenkampf", das „Spezialblatt" — vor Gericht.** Der Redakteur dieses Preßerzeugnisses Louis Drechsler hatte auf Veranlassung des Photographen Käiebier, eines bei den Erwerbslosen bekannten Revoluzzers, dem Vorsteher des fünften Armenbezirks Kaufmann S. an sich recht grobe Aeußerungen über die Arbeitslosen in den Mund gelegt, die dieser unter Eid entschieden bestritt. Zur Rechtfertigung Ds. bezeichnete dessen Verteidiger den „Gossenkampf" als Spezialblatt der Erwerbslosen. Die Denkenden unter ihnen werden dieses besonders zu würdigen wissen und sie erhoffen mit uns baldige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, damit auch das „Spezialblatt" überflüssig wird. D. wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. F.

* **Der Brotpreis.** Da die Getreide- und Mehlpreise gefallen sind, setzte die Bäckerinnung den Preis für das Pfund Brot ab 1. November von 18½ auf 17½ Pf. herab. Dies geschah in Leipzig. Was geschieht in Halle?

* **Freitod.** In der vergangenen Nacht erschoß sich in seiner Wohnung auf dem Fluplatz der 45jährige Hilfsinspektor Rademacher. Man fand ihn heute früh tot im Bett. Die Leiche wurde nach dem Gertraudenfriedhof gebracht. Er hatte hier keinen Anhang und erfreute sich ziemlichen Beliebtheit, war jedoch seit einiger Zeit schwermütig. Der eigentliche Grund zur Tat ist unbekannt.

* **Aenderung der Militärrenten.** Die Einführung des neuen Ortsklassenverzeichnisses und die andere Festsetzung des Ortszuschlages der Beamten hat auch eine Aenderung der Militärrenten vom 1. November an zur Folge. Entsprechende Anordnungen sind getroffen, sie können aber erst bei der Zahlung der Versorgungsgebührnisse für Dezember durchgeführt werden.

Gemeindearbeiterstreik und Gasunglück.

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung

Die Stadtverordneten hielten gestern mittag eine außerordentliche Sitzung ab, um die von unserer Fraktion gestellten Anträge wegen des Gemeindearbeiterstreiks und des Unglücks in der Burgstraße endlich zu beraten. Die Sitzung war einberufen unter dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung auf Grund der Bestimmungen der Geschäftsordnung und der Städteordnung ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Stadtverordneten beschlußfähig ist. Außer der kommunistischen Stadtverordneten Frau Krüger fehlte niemand.

Nachdem der Ordnungsblockmann Bonde in der üblichen Weise eingeführt worden war, gab Herr Dr. Ribe einen ausführlichen

Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung der Ursachen des Gasunglücks in der Burgstraße.

Er bezeichnete es als seine Amtspflicht, da die eingeleiteten Ermittelungen nunmehr abgeschlossen seien, der Oeffentlichkeit volle Wahrheit über das Unglück zu sagen. Es bestehe **kein Zweifel, daß die Mitglieder der Familie Wettmann durch Gasvergiftung den Tod gefunden haben.** Ein Unglück dieser Art und in solchem Umfange habe in unserer Stadt sich kaum jemals ereignet. Darum sei es erklärlich, daß sich der Bevölkerung eine starke Erregung bemächtigt habe und in der Presse öffentlich Stellung genommen wurde. Die letzten Ausführungen nahm die Versammlung stehend entgegen. Die Nachricht, daß in der Burgstraße ein Gasrohrbruch eingetreten sein müsse, wurde der Verwaltung der städtischen Gaswerke an dem fraglichen Sonnenabendmittag übermittelt. Ein Obermeister, der das Rohrsystem in Halle aus jahrelanger Praxis heraus genau kenne, habe sich sofort nach der Schadensstelle begeben und Untersuchungen angestellt. Die Bruchstelle war von dem Hause Burgstraße Nr. 13, in dem der Bäckermeister Landgraf wohnt, etwa fünf Meter und von dem Unglückshause Nr. 14 etwa 10 Meter entfernt. Der Obermeister habe sogleich alle Vorsichtsmaßregeln getroffen, um ein Unglück zu verhüten. Er habe sich sofort Leute besorgt und mit deren Hilfe das Erdreich in der Umgebung der Bruchstelle aufgerissen. Bemerkenswert sei die Tatsache, daß in dem Unglückshause Nr. 14 weder eine Gasleitung vorhanden sei noch im Erdreich irgendwelche Spuren gefunden wurden, die darauf schließen lassen, daß das Gas sich einen unterirdischen Weg außerordnet in die Wohnung der Familie W. gebahnt habe. Oberbürgermeister Rive stützt sich bei seinem Bericht ausschließlich auf die Angaben des betreffenden Obermeisters und Protokolle, die von der Verwaltung angefertigt worden sind, die natürlich ein großes Interesse an dem Nachweis hat, daß sie nicht die geringste Schuld treffe. Ein Zusammenhang mit dem Gemeindearbeiterstreik bestehe auf keinen Fall, da Hilfskräfte in genügender Weise zur Verfügung gestanden hätten. Jedenfalls könne nicht davon gesprochen werden, daß es sich um ein Unglück handle, das durch menschliche Voraussicht abzuwenden gewesen wäre. So traurig dieses Unglück sei, so müsse man sich doch damit abfinden.

Im Anschluß an diese Ausführungen des Oberbürgermeisters entstand eine mehr als anderthalbstündige Geschäftsordnungsdebatte, in der hauptsächlich das Fernbleiben der bürgerlichen Stadtverordneten kritisiert wurde. Unser Genosse Müller wandte sich besonders gegen die demokratischen Mitglieder des Bürgerblocks, denen er zum Vorwurf machte, daß sie sich von der deutschnationalen Mehrheit ins Schlepptau haben nehmen lassen. Die Demokraten hätten, so bemerkte er, offenbar nur nicht mitgemacht aus Angst, der Bolschewistenfreundlichkeit bezichtigt zu werden. Diese Besorgnis sei ganz unbegründet. Das Wahlergebnis in Anhalt beweist, daß die Kommunisten ohne Hilfe der Demokraten überwunden werden. Der Vorsteher hätte in der angesetzten Sitzung vom vorigen Freitag zunindest die Anträge besprechen lassen müssen. Daß er das nicht tat, sei ein Beweis dafür, daß er sich nicht nur durch phänomenale Gesetzesunkenntnis, sondern auch durch eine geradezu unübertreffliche Ungeschicklichkeit auszeichne. Sein parteiisches Verhalten werde ihm zu gegebener Zeit heimgezahlt werden.

Herr Minner versucht das Verhalten des Bürgerblocks damit zu entschuldigen, daß die Anträge überholt gewesen seien. Zum anderen wollte man nicht in das schwebende Untersuchungsverfahren eingreifen. Wie windig seine Argumente waren, zeigt am deutlichsten seine Bemerkung, daß sich die bürgerlichen Fraktionen nicht kommandieren ließen.

Inzwischen war ein Mißtrauensantrag gegen den Vorsteher eingegangen, der am Schluß der Sitzung beraten werden sollte. Die sozialdemokratische Fraktion brachte einen Antrag ein, in dem **der Magistrat ersucht wird, mit den streikenden Steinsetzern in Verhandlung zu treten,** damit die Arbeiten in der Dessauer Straße ordnungsmäßig erledigt würden.

Gegen ½6 Uhr wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten. Genosse Schaumburg begründete den Antrag betreffend die

Maßregelungen aus Anlaß des Gemeindearbeiterstreiks.

Er kritisierte noch einmal die Lohnpolitik des Arbeitgeberverbands, die immer mehr ins reaktionäre Fahrwasser geraten sei. Der Streik hätte sich unter allen Umständen vermeiden lassen, wenn der gute Wille zu einem friedlichen Ausgleich vorhanden gewesen wäre. Bezeichnend sei es, daß es gerade die Vertreter des hallischen Magistrats gewesen wären, die sich bei den Verhandlungen mit aller Entschiedenheit dafür einsetzten, daß die Bestimmung wegen der Unterlassung von Maßregelungen nicht ins Protokoll aufgenommen werde. Es sei deshalb auch kein Wunder, daß die hallische Stadtverwaltung die einzige sei, die Maßregelungen vornahm. Redner stellte dann einige Fragen an den Magistrat: Warum die Rohrbruchkolonne, die von der Streikleitung zur Verfügung gehalten wurde, nicht zur Hebebung des Schadens in der Burgstraße herangezogen worden sei, und warum die Feuerwehr zum Streikbruch genötigt worden sei. Er verlangte weiter, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen würden und daß die Beerdigungskosten der Familie Wettmann auf die Stadtkasse übernommen würden. Ferner forderte er, daß die Einstellungen bei der Straßenbahn unter Benutzung des Arbeitsnachweises erfolgen und daß nicht nur diejenigen in den Dienst der Straßenbahn übernommen würden, die den derzeitigen Degernenten (Stadtrat Dryander) mit „Herr Kamerad" begrüßen.

Herr Dr. Rive antwortete kurz und bündig, indem er sich auf die Berichte der beteiligten Beamten und Angestellten der Stadt bezog. In einem dieser Berichte wird behauptet, daß die Streikleitung Notstandsarbeiten verweigert habe. In einem anderen Protokoll wird hingegen ausdrücklich festgestellt, daß die Streikleitung sich zur Ausführung von Notstandsarbeiten bereiterklärt habe. — Stadtrat Jinger, der Degernent für Arbeitsangelegenheiten, dozierte lang und breit über das Wesen des modernen Tarifrechts und meinte, Tarifverträge seien ein Friedensinstrument. Genosse Schaumburg hätte ein wahres Trommelfeuer von Verdächtigungen und Beschimpfungen gegen die Mitglieder des Magistrats gerichtet. — Der Deutschvölkische Mund bezeichnete sich als Gegner des Parteiparlamentarismus und meinte, es käme den Deutschvölkischen nur darauf an, daß Hitlers Geist von der deutschen Arbeiterschaft aufgenommen würde. Seine übrigen Ausführungen über die angeblich soziale Einstellung der Völkischen gingen in der entstehenden Unruhe unter.

Genosse Dürrfeld stellte fest, daß das vom Magistrat und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit beliebte Verfahren bei Behandlung dieser Frage sicherlich nicht zur Versöhnung beitrage. Das Vorgehen der Bürgerlichen lasse die Absicht erkennen, ihr arbeiterfeindliches Herz gegenüber den städtischen Arbeitern nicht mehr zu verhüllen.

Genosse Petersdorff betonte mit Recht, die Verwaltung habe sich nicht mit den einzelnen Belegschaften oder Betriebsräten, sondern mit der Streikleitung wegen der Notstandsarbeiten in Verbindung setzen müssen. Weder den Streikenden noch dem Gemeindearbeiterverband könne irgendein Vorwurf gemacht werden. Die Verbitterung, die unter der Arbeiterschaft der Stadt Halle entstanden sei, sei nicht verwunderlich, wenn man sehe, wie sie hier von der bürgerlichen Mehrheit gerade führt werde. **Die jetzt noch gemaßregelten Arbeiter müßten unter allen Umständen, und zwar sofort eingestellt werden.**

Stürmische Entrüstung löste es aus, als Herr Finger, der einzige Redner der Bürgerlichen, behauptete, daß Maßregelungen aus Anlaß des Gemeindearbeiterstreiks überhaupt nicht stattgefunden hätten. Durch die Angriffe der verschiedenen Redner war der Magistrat arg ins Gedränge gekommen und Herr Oberbürgermeister Rive fühlte sich deshalb veranlaßt, eine Lange für seinen engeren Gesinnungsfreund Seydel zu brechen, während er es dem Degernenten für die Gas- und Wasserwerke, Genossen Zölß, überließ, sich selbst zu verteidigen. Dabei verabreichte er dem früheren kommunistischen Stadtrat, jetzigen Fraktionsführer Kilian eine kalte Dusche, indem er darauf verwies, daß dieser während seiner mehrjährigen Tätigkeit beim Magistrat sich immer hübsch still tam und vornehm bewegt habe. Warum denn jetzt durch solche wilde Reden das Niveau der Verhandlungen herabdrücken? Es ist klar, daß Kilian in seiner wilden Rede auch wieder versuchte, sich an der SPD. zu reiben, wobei ihm das Geständnis entschlüpfte, daß die Kommunisten frei und offen zugaben, von Rußland Geld zu bekommen.

Nach einem kurzen Schlußwort Schaumburgs wurde der sozialdemokratische Antrag, der vom Magistrat fordert, Maßregelungen irgendwelcher Art anläßlich des Gemeindearbeiterstreiks zu unterlassen, einstimmig angenommen. Der Antrag auf Uebernahme der Beerdigungskosten der Familie W. auf den Magistrat wurde durch die magistratsseitige Erklärung erledigt, daß die Kosten bereits vom Magistrat übernommen seien. In weiteren Verlaufe der Verhandlungen wußte man mitunter nicht recht, ob man sich in einem Parlament ernster Männer oder in einem Kabarett befand. Der Vorsteher präsentierte sich gestern geradezu als ein Muster von vollkommener Hilflosigkeit. Kaum daß der Antragsteller namens der kommunistischen Fraktion einen auf der Tagesordnung stehenden Antrag begründet hatte, stellte der Deutschnationale Dr. Hirsch den Antrag auf Schluß der Debatte, obwohl diese noch gar nicht eröffnet worden war. Der Magistrat hatte kein Interesse an der ganzen Angelegenheit dadurch bekundet, daß er bis auf den letzten Mann den Sitzungssaal verlassen hatte. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Vorsteher beauftragt, **den Magistrat um Teilnahme an den Verhandlungen zu ersuchen.** Herr Busse kam zurück mit der Meldung, daß von den Magistratsmitgliedern keiner mehr im Hause sei. Die große Mehrheit der bürgerlichen Fraktion gab sich damit zufrieden.

Nach kurzer Debatte kam prompt wieder Herr Hirsch mit einem Schlußantrag. Genosse Petersdorff beantragte, um gegen die Stellungnahme des Magistrats gegen die Stadtverordnetenvertretung zu protestieren. Vornahme einer zweiten Lesung. Während dieser Periode der Verhandlungen entwickelten sich gerade zu komische Szenen. Kaum war der von Petersdorff gestellte Antrag zum Beschluß erhoben, hatte sich Herr Busse wieder einmal „von der Unrichtigkeit seiner Auffassung überzeugt" und man stritt eine ganze Weile darüber, was eine Vorlage und was ein Antrag sei. Mit dem Gewicht seiner Stimme wurde dann beschlossen, daß die Vornahme einer zweiten Lesung unzulässig sei.

Es wurde ihm bedeutet, daß die sozialdemokratische Fraktion wegen dieser Vergewaltigung der Geschäftsordnung im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens vorgehen würde. Bei der dann folgenden Abstimmung wurden diejenigen kommunistischen Anträge, die nur dem Agitationsbedürfnis dienen sollten, abgelehnt, einige als erledigt erachtet und der Antrag wegen der Maßregelung und der Begünstigung der Streikbrecher mit einem Zusatzantrag Schaumburg auf sofortige Einstellung aller Streikenden angenommen.

Als hierauf der Mißtrauensantrag gegen den Vorsteher und auf Wahl eines neuen Vorstehers zur Beratung gestellt werden sollte, ließ Herr Busse durch seine Mehrheit schnell Schluß der Sitzung durchdrücken. Das geschah um 8½ Uhr. Die bürgerlichen Presseverteter bekundeten ihr Interesse für den Gemeindearbeiterstreik und die Katastrophe in der Burgstraße dadurch, daß sie schon um 7 Uhr ihre Plätze räumten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411111-19/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Der Torgauer Sparkassenskandal.

Wir haben in der Montag-Nummer des „Volksblatt" unter Torgau bereits die auf dem Kreisbauerntag gegen den preußischen Innenminister Genossen Severing erhobenen versteckten und offenen Angriffe erwähnt. Dazu schreibt jetzt der Amtliche Preußische Pressedienst noch folgendes:

Auf einem Kreisbauerntag des Landbundes Torgau wurde am 4. November von dem Kreisbeputierten Feuerstein über die „Mißwirtschaft bei der Torgauer Sparkasse" gesprochen. Die „Deutsche Tageszeitung", die über diese Tagung unter der Ueberschrift „Der Torgauer Sparkassenskandal. Die Folgen des Systems Severing" berichtet, teilt mit, daß Herr Feuerstein den bei der Sparkasse entstandenen Verlust von 400 000 Mk. der „mangelhaften Aufsicht und dem mangelnden Verantwortungsgefühl des vom Minister Severing bestätigten Landrats Dr. Drews" zur Last legte. Es wird dann weiter berichtet, daß in einer Entschließung die Versammlung sich diese Gesichtspunkte zu eigen machte und mit Rücksicht darauf, daß seinerzeit die Staatsregierung Dr. Drews „unter Mißachtung des Selbstverwaltungsrechts" und gegen den Willen der Bevölkerung eingesetzt habe, verlangte, daß sie aus Staatsmitteln den Verlust der Kreissparkasse ersetzen möge.

Hierzu ist festzustellen: Landrat Dr. Drews, ein bis dahin im Ministerium des Innern beschäftigter schärfmächerischer alter Verwaltungsbeamter ist, nachdem Landrat a. D. Dr. Gereke — derselbe Gereke, der als Kreisbauernmeister jetzt den Kreisbauerntag in Torgau eröffnet hat — wegen Beleidigung der Gattin des Reichspräsidenten aus seinem Amte hatte entfernt werden müssen, von dem Staatsminister Dominicus während der Amtsdauer des Kabinetts Stegerwald in den Kreis Torgau als kommissarischer Landrat entsandt worden. Die Herren Feuerstein und Gereke haben in ihrem Bestreben, gegen Minister Severing zu polemisieren, diesen Tatbestand bemerkenswerterweise in der Entschließung nicht bekanntgegeben. Minister Severing hat später lediglich beim Staatsministerium die formelle Bestätigung erwirkt, da Dr. Drews in den vier Monaten seines Kommissariums seinen Kreis einwandfrei verwaltet hatte und daher kein Anlaß zur Nichtbestätigung vorlag. Wenn Dr. Drews damals gegen die Mehrheit des Kreistags bestätigt worden ist, so war das übrigens keine „Mißachtung des Selbstverwaltungsrechts", da den Kreisen nur ein Präsentationsrecht zusteht. Landrat Dr. Drews ist auch etwa keineswegs, wie gefliissentlich ausgestreut worden ist, Sozialdemokrat.

Zur Sache selbst ist noch zu sagen, daß der Minister des Innern Severing schon vor einiger Zeit den Bericht des zuständigen Regierungspräsidenten über die Vorkommnisse bei der Torgauer Kreissparkasse eingefordert hat. Das Ministerium des Innern verurteilt Zustände, wie sie sich nach den bisherigen Pressenellungen bei der Torgauer Sparkasse herausgebildet haben, um so schärfer, als gerade auf diesem Gebiete der Minister Severing wiederholt den Landräten und allen übrigen für die Aufsicht über die Sparkassen verantwortlichen Stellen und Personen mit größter Eindringlichkeit die Grundsätze eingeschärft hat, die den Sparkassen gefährliche und möglicherweise verlustbringende Transaktionen untersagten und zur größtmöglichen Solidität und Vorsicht in der Finanz- und Kreditgebarung aufforderten. In zwei sehr eingehenden und seinerzeit auch ausführlich durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst in der Presse verbreiteten Rundverfügungen, deren eine vom 23. Mai d. J. datiert war, waren in diesem Frühjahr und Sommer alle diese Gesichtspunkte in der denkbar eindeutigsten Form den Sparkassen eingeschärft worden. Hätte man demnach in Torgau sich an die strikten Verfügungen des Ministers Severing gehalten und nicht Finanzpolitik auf eigene Faust gemacht, so wären nicht die Verluste entstanden, die man nunmehr in gewissen Kreisen aus durchsichtigen Gründen der Staatsregierung und insbesondere Minister Severing zur Last legen möchte. Man könnte allenfalls von den „Folgen des Nicht-Systems Severing" sprechen!

Merseburg. Ein imposanter Auftakt zum Wahlkampf. Am Sonntagnachmittag sprach in einer gutbesuchten Versammlung im „Tivoli" Genosse Petersdorff über das Thema „Monarchie oder Republik". In treffenden Worten verstand es der Redner, die Politik der „Edlen" von Ar und Halm zu entlarven und die Spiegelfechtereien der Kommunisten und ihrer Kinderstube ins rechte Licht zu rücken. Ein Jünger Moskaus verzapfte in der Debatte einen derartigen Blödsinn, daß der Referent mit Recht sagte, durch solche Reden blamiere er nur seine eigene Partei. Ein ehemaliger Kommunist, der in Rußland zugar Gelegenheit hatte, mit den Gefängnissen des „rein kommunistischen Volksstaates" in engere Fühlung zu kommen, sagte seinem früheren Parteifreunde derartig die Wahrheit, daß sich dessen ganze Erzählung als nichts weiter wie Schwindel erwies. Im Schlußwort fertigte der Referent den Moskowiter glänzend ab, und sein Appell, den Reaktionären von rechts und den Volksverderbern von links am 7. Dezember mit dem Stimmzettel in der Hand die Quittung zu geben und die Sozialdemokratische Partei zu wählen, fand in dem Beifall der Versammlung einen brausenden Widerhall.

Merseburg. Eine starbesuchte Revolutionsfeier des Ortsvereins Merseburg der SPD. fand am Sonntagabend im „Tivoli" statt. Das Konzert des hiesigen Beamtenorchesters sowie die Darbietungen des Arbeiter-Sängerchors waren glänzend, und auch die Arbeiterjugend gaben ihr Bestes, die Feier verschönen zu helfen. Ihnen allen sei hiermit nochmals herzlich gedankt. Die Festrede des Genossen Kämpf, der der Gedanke zugrunde lag: Nur die Republik ist der beste Kampfboden für die Sozialdemokratie, wurde begeistert aufgenommen. Die Parteigenossinnen und -genossen, sowie die Freunde unserer Bewegung haben sicherlich einen wirklich angenehmen Abend verlebt. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, dem Sozialistenmarsch und dem Bannerlied, fanden die imposanten Veranstaltungen ihr Ende.

Zeitz. Eine vom Unglück verfolgte Familie. Die 16jährige Tochter des Gerichtsvollziehers Lehmann wurde hier von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß sie nach der Einlieferung in das Krankenhaus starb. Dieser Fall ist um so trauriger, da bereits im vergangenem Jahre ein Sohn der Familie in Berlin auf ähnliche Weise ums Leben kam.

Nebra. Einsicht in die Wählerliste. Diejenigen Genossen, die verhindert sind, die voraussichtlich vom 15. November 1924 ab ausliegende Wählerliste einzusehen, werden gebeten, ihre Adresse beim Genossen Franz Schmidt, Pestitz. 17, abzugeben. Genosse Schmidt wird dann für die behinderten Genossen die Liste einsehen. Es wird gebeten, auch die Nichtleser des „Volksblatt" darauf aufmerksam zu machen.

Nebra. Tödlich verunglückt. In der Zuckerfabrik Bitzenburg erlitt am Montag früh der Arbeiter Hagedorn von hier einen tödlichen Unglücksfall. H. war Mitglied des „Stahlhelm".

Kelbra. Eine Postautoverbindung mit Nordhausen ist jetzt geschaffen worden, um den hiesigen Einwohnern Gelegenheit zu geben, Theatervorstellungen und Konzerte besuchen zu können. Der Fahrpreis (2.50 Mk. für Hin- und Rückfahrt) schließt leider minderbemittelte von dieser an sich begrüßenswerten Einrichtung aus. Die Gründung einer Volksbühne in Kelbra wäre allein imstande, den Kunstsinn auch der arbeitenden Bevölkerung zu fördern.

Bitterfeld. Die Trabanten der Ausbeuter. Im „Bitterfelder Tageblatt" vom Montag veröffentlicht der „Reichsbund vaterländischer Vereine" einen Wahlaufruf, der zu den übelsten Produkten zählt, die jemals in der Wahlpropaganda Verwendung fanden. Wir wollen gar nichts weiter sagen zu der Behauptung, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum eine „Linksdiktatur" errichten wollen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die genannten Parteien jede Art Diktatur ablehnen und nur auf demokratischer Grundlage ihre Ziele zu erreichen suchen. Eine Verleumdung ist es aber, wenn zum Ausdruck gebracht wird, daß diese Parteien für den Wahlkampf die finanzielle Hilfe des Auslandes in Anspruch nehmen. Die Beschimpfung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" als „Reichsbanner Nollet (Schwarz-Rot-Gelb)" darf natürlich in diesem Aufrufe „christlicher" Männer nicht fehlen. Als Anerkennung buchen wir immerhin die Bemerkung, daß man das Reichsbanner „leider vielfach unterschätzte". Mit der Wahlparole, die der gelbe Reichsbund ausgibt: „Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie" stellt er sich in eine Linie mit dem gesamten Ausbeutertum, das sich unter der schwarzweißroten Fahne sammelt. Dem Rufe „Nie wieder eine sozialistische Herrschaft!" (die es bisher noch gar nicht gab), stellen wir unseren Kampfruf entgegen: „Es lebe die Sozialdemokratie und ihre völkerbefreiende Idee!" Am 7. Dezember gilt es, ihren Sieg herbeizuführen und die Trabanten der Volksbedrücker nebst diesen selbst eine vernichtende Niederlage zu bereiten.

Golpa. Die gefährliche Schußwaffe. Ein Schupowachtmeister erlitt infolge seinen Dienstrevolver. Plötzlich ging ein Schuß los und drang ihm in den Leib. Er wurde schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht.

Eilenburg. Unsere Revolutionsfeier erfreute sich guten Besuches und war von zuversichtlicher Kampfesstimmung erfüllt. Musikvorträge, Rezitationen und Gesänge der Arbeiterjugend, die dem Tage angepaßt waren, trugen wirkungsvoll zur Hebung der Kampfestimmung bei. Lebhaftes Interesse weckte eine eindrucksvolle Festrede des Genossen Drescher (Halle). Redner frischte wichtige Erinnerungen auf und knüpfte daran Betrachtungen, die gerade heute, vor der Reichstagswahl, ihre Wirkung nicht verfehlten, was der starke Beifall am Schlusse seiner Rede bewies. Mit einem Hoch auf die Partei wurde dann die Feier geschlossen, doch blieben die Teilnehmer nachdem noch einige Zeit beim Gesang eines „provisorischen" gemischten Sängerchores beisammen.

Torgau. Der erste weibliche Gerichtsassessor. Die Referendarin Fräulein Hildegard Schenke, Tochter des Amtsgerichtsrats Schenke, hier, bestand die Prüfung als Gerichtsassessor mit dem Prädikat „sehr gut". Sie ist der erste weibliche Gerichtsassessor in der Provinz Sachsen. — Wir möchten bei dieser Gelegenheit daran erinnern, daß die Sozialdemokratische Partei die einzige Partei war, die schon vor Jahrzehnten für die völlige Gleichberechtigung der Frau, sowohl beim Wahlrecht wie bei der Berufsfreiheit, eingetreten ist. Ein bevorderes Verdienst hatte sich unser Genosse August Bebel darum erworben. Leider wissen das viele Frauen nicht oder sie haben es vergessen, und deshalb geben sie bei den Wahlen ihre Stimmen vielfach den Parteien, die Gegner der Gleichberechtigung der Frauen waren und noch sind.

Torgau. Urbarmachung von Oedländereien. Durch ein großzügiges Projekt will man in der Gegend zwischen Torgau und Annaburg 600 Morgen Oedländereien, die zurzeit völlig verjumpft sind, in erstklassige Wiesen umwandeln. Wie die „Torgauer Zeitung" mitteilt, fand zur Besprechung des Projekts in Torgau mit Vertretern des Landwirtschaftsministeriums, des Landeskulturamts für Preußen, der Provinzialverwaltung und der Landwirtschaftskammer eine Konferenz statt, welche den Entwurf des Direktors Lilie vom Kulturtechnischen Amt der Landwirtschaftskammer in Halle gutheiß. Man war erstaunt, in einer so hochkultivierten Provinz, wie die Provinz Sachsen, noch so gewaltige Streden Sumpfländer zu finden. — Außer diesen Sümpfen gibt es noch manchen anderen Sumpf aus früheren Zeiten trockenzulegen.

Zeitenberg. Der Zeitungsverkäufer auf dem hiesigen Bahnhof scheint ein sonderbarer Kautz zu sein und dem zeitungskaufenden Publikum gegenüber ebenso sonderbare Geschäftspraktiken zu haben. Als am letzten Sonntag einige Genossen den „Vorwärts" verlangten, bot er ihnen als „besser die „Leipziger Neuesten Nachrichten" an. Und als ein Genosse diese Zeitung als politisches Revolverblatt bezeichnete, beschimpfte er den „Vorwärts" als jüdisches Blatt. Unsere Genossen verzichteten natürlich auf ein Geschäft mit diesem Herrn und werden dafür Sorge tragen, daß seine eigentümliche Haltung gegenüber reisenden Republikanern die nötige Beachtung findet.

Pölzingen. Schwarz-Rot-Gold. Am nächsten Sonntag, dem 16. November, soll hier eine Ortsgruppe des „Reichsbanners" gegründet werden. Werbe- und durch die Kreisleitung bekanntgegeben.

Wahrenbrück. Schwarz-Rot-Gold. In der nächsten Zeit wird hier eine Ortsgruppe des „Reichsbanners" ins Leben gerufen werden. Republikaner, welche sich der Gruppe anschließen wollen, können sich bei Kameraden Lehrer Gildenpfennig melden.

Hohenleipisch. In der Gemeindevertretersitzung am 5. November wurde die Wahl des Schulvorstands vorgenommen. Es wurden gewählt: die Genossen Flügel und Ruhig, von der Wirtschaftlichen Vereinigung die Gemeindevertreter Andrae, Schuack und Metzger sowie der Kommunist Haberland. Die Wiederinstandsetzung eines Gemeindebrunnens wurde beschlossen. Es lagen zwei Gesuche um Erlaß der Vergnügungssteuer vor. Da beide Veranstaltungen rein sportlicher Natur sind und eine Besteuerung aus diesem Grunde wegfällt, war eine Beschlußfassung nicht notwendig. Weiter lag ein Antrag vor, in dem gewünscht wird, die Gemeindevertretung möge das schroffe Vorgehen des hiesigen Landjägers mißbilligen. Die Anzeigen des Landjägers Grunl sind so zahlreich, daß auch die ältesten Einwohner sich nicht besinnen können, so etwas schon erlebt zu haben. Sie bilden meist das Tagesgespräch. Die nichtigsten und kleinlichsten Dinge werden in Massen zur Anzeige gebracht. Die Bevölkerung wird aufs äußerste gereizt. Die Zahl der Anzeigen wird ohne Zweifel eine Rekordziffer darstellen. Es muß Sache der Behörden sein, diese Angelegenheit zu prüfen. Eine Kommission wurde gewählt, die Material unterbreiten wird. Ein Antrag der Feuerwehr, den Pfuhl bei Gonger wieder anzustauen, wurde abgelehnt. Die Zahl der tätigen Pflichtfeuerwehrmänner wurde auf 100 festgesetzt. Es werden Schilder angeschafft und den Betreffenden zugestellt. Weiter wurde beschlossen, Hundesteuermarken anzuschaffen. Ein Beitrag für das Exkursionshaus wurde abgelehnt. Dem Rendanten wurde erlaubt, die Kirchensteuer mitzeinziehen zu dürfen.

Bockwitz. Bildungsabend. Die Gewerkschaften eröffneten am Freitag die Reihe ihrer Bildungsabende mit Lautensacks „Pfarrhausfondide". Leider schaut man den wirklichen Bildungsbestrebungen in unserer Gegend wenig Beachtung zu schenken. Oder sollte wirklich die Gegenpropaganda, die sich in Zettelabreißen usw. ausstobte etwas vermocht haben? Wir werden trotzdem weiterwirken. Eigenartig war auch der Standpunkt, den die hiesige Schulleitung zu dem Nachmittags-Märchenspiel einnahm. Wie wir erfahren, werden wieder sämtliche Schulen des Ländchens zur Fortsetzung des Nibelungenfilms in geschlossenen Zügen während des Unterrichts antreten. Dazu wäre noch besonders Stellung zu nehmen. — Das Spiel selbst war, soweit es sich mit den überaus primitiven Mitteln der zur Verfügung stehenden Bühne ermöglichen ließ, vortrefflich. Besonders die Irma Prechtl (Frl. Unkelmann) war eine Glanzleistung. Wir hatten schon einmal Gelegenheit, Fr. Unkelmanns Leistungen im „Weibsteufel" bekunden zu können. Wie sie die gesunde weibliche Triebhaftigkeit und die instinktive Schlauheit darzustellen weiß, ist allein schon ein Erlebnis. Auch die beiden Herrenrollen lagen in guten Händen. Alles in allem eine Aufführung, die himmelweit hinausragte über all den Vereinskitsch, der hier sonst geboten und überlaufen wird. Die im bunten Teil nachfolgenden Rezitationen der Künstler standen auf einer hervorragenden Höhe. Direktor Leitners Vortrag von Goethes „Gott und die Bajadere" und „Büdder Lugg" waren von dramatischer Wirkung. Es war ein Abend, der Hunderten ein Erlebnis hätte sein können.

Bockwitz. Oeffentliche Versammlung. Auf die öffentliche Versammlung am Sonnabend in Waldaus Gasthaus möchten wir schon jetzt hinweisen. Es spricht Genosse Petersdorff (Halle).

Naundorf bei Lauchhammer. Die hiesige Postbilfstelle ist aufgehoben worden. Wer seine Postsachen nicht dem Landbriefträger mitgeben will, ist genötigt, sie bei den Postämtern in Lauchhammer oder Bockwitz aufzuliefern.

Lauchhammer. Stresemanns Drehscheibenpartei begann im Bockwitzer Ländchen ihren Wahlkampf mit einer recht mäßigen Versammlung, die am Donnerstag hier stattfand. Als Redner hatte man sich Regierungsrat Professor Dr. Leidig aus Berlin geholt, der die „Verdienste" der Stresemänner um das Dawes-Gutachten pries, ohne aber irgend so etwas wie Begeisterung zu wecken. Für recht harmlos scheint Herr Leidig die Deutschnationalen zu halten, denn er meinte, die Deutschnationalen müßten in die Regierung, aber sie dürften nicht die Leitung derselben bekommen. Aber den Deutschnationalen geht es ja gerade um die Leitung. Dann setzte sich Herr Leidig für die schwarzweißrote Flagge ein; er werde nicht ruhen, bis sie wieder hervorgeholt werde. Zum Schluß bekamen die „utopistischen" Sozialisten und Pazifisten noch einen „Hieb", der aber gründlich daneben ging.

Die eiserne Flut.

(Ein Metallarbeiterroman.)

Von Paul Täumel (Halle).

II. Teil.

16) (Nachdruck verboten.)

Und dann kniete er an ihrem Bett und küßte ihre Hand. Er klagte sich an, an ihren Schmerzen die Schuld zu tragen. Bat tausendmal um Verzeihung. Sie aber strich ihm, glücklich darüber, ihn wiederzusehen, lächelnd immer und immer wieder über das Haar. Dann mußte er das Kind bewundern; sein Kind! Einen wunderfeinen, aber so zarten und kränklichen Knaben, daß er nicht wagte, ihn auf den Arm zu nehmen.

Während seines ganzen Urlaubs wich er kaum von ihrem Bett und erfand tausend Kleinigkeiten, um ihre Augen leuchten zu machen.

Als dann der Abschiedstag kam, ließ Hedwig ihren Vater an ihr Lager rufen und bat ihn noch einmal mit Tränen in den Augen, ihren Mann reklamieren zu lassen. Riedel aber blieb kalt und unbeugsam und ließ sich nur zu dem Versprechen nötigen, er wolle es einmal versuchen, wenn er die Zeit für gekommen halte.

Äußerlich gefaßt gab Franz seiner Frau den letzten Kuß und berührte mit den Lippen auch leicht die Stirn des Knaben; auf der Treppe aber reckte er in ohnmächtigem Grimm die Arme und rief: „Das muß anders werden!"

Er fuhr nicht direkt nach Wilhelmshaven, sondern stieg in Berlin aus.

XV.

„Das werden im kommenden Frühjahr die letzten Anstrengungen sein, den Krieg zu gewinnen!" sagte Karl Neuringh zu sich, als der Reichstag seine Dezembertagung schloß. „Dann aber wird unsere Stunde geschlagen haben, die Stunde der Friedensfreunde."

Zunächst aber vermehrte sich seine Arbeit durch die Annahme des Hilfsdienstgesetzes mit ein gewaltiges Teil. Es stellte sich bald als zweckmäßig heraus, daß er zur Interessenvertretung der davon Betroffenen nach der Landeshauptstadt übersiedelte.

Seine Anermüdlichkeit, seine Gewandtheit bei den Verhandlungen, die Sicherheit seines Urteils verschafften ihm immer größere Anerkennung.

Die im April ausbrechenden Teilstreiks der Munitionsarbeiter begrüßte er mit innerem Frohlocken. Er meinte aber, daß sie sich nicht zu einer wirklichen und langen Hemmung der Produktion auswachsen dürften, wenn sie nicht der Sache der Streikenden und den Friedensbestrebungen mehr schaden als nützen sollten.

Bald nach diesen Streiks erlebte er bei einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß eine halb freudige, halb schmerzliche Ueberraschung. Unter den Klägern bemerkte er Klose, der auf die Erteilung eines Abkehrscheines klagte.

Er winkte ihm zu, doch Klose schien ihn nicht zu bemerken. Er hatte seine Augen auf den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses gerichtet, der, ein älterer Herr, in der Uniform eines Hauptmanns und den einen Arm auf den Säbelknauf gestützt, am Tische saß.

„Also der nächste Fall."

Klose trat vor.

„Sie wollen einen Abkehrschein?"

„Jawohl, Herr Hauptmann!"

„Warum?"

„Ich kann eine Stelle antreten, wo ich mehr Lohn bekomme."

„So, so! Wieviel denn mehr?"

„Zwei Pfennig die Stunde."

„Na, na! Das fällt aber nicht erheblich ins Gewicht, mein Sohn. Da werden wir wohl keinen Schein ausstellen können."

„Aber ich erspare auch noch die Fahrt mit der elektrischen Bahn."

„So, so!" machte der Vorsitzende wieder und betrachtete nachdenklich Klose. Dann fragte er: „Im Felde gewesen?"

„Jawohl, Herr Hauptmann!"

„Und von da aus reklamiert?"

„Nein, Herr Hauptmann! Aus dem Lazarett!"

„Aha! Verwundet gewesen?"

„Jawohl! In der Sommeschlacht am 11. Oktober vorigen Jahres."

Die beiden kamen in einen längeren Austausch ihrer Kriegserlebnisse, nannten Ortschaften und Gegenden, in denen sie mit ihren Truppenteilen gelegen. Darauf entstand eine kleine Pause. Dann sagte der Vorsitzende:

„Ja. Wir wollen nur wieder zur Sache kommen." Zu den Beisitzern sich wendend, meinte er: „Wie denken die Herren? Ich glaube, unter den Umständen geben wir den Abkehrschein."

Neuringh kannte diesen typischen Verlauf einer Verhandlung zur Genüge. Auch heute beschlich ihn eine leichte Entmutigung. Wie sollte der Ruf nach Frieden laut werden, wenn ihn seine Träger so fest in ihrer Brust verschlossen. Es war ein schlimmeres Bild noch, als bei den Zeitungen, die sich in ihrer Friedenspropaganda mäßigen mußten, um nicht dem Verbot zu verfallen. Aber in solchen Fällen, wie diesem hier, wo einer wegen einer nur wenig besser bezahlten Stelle seine Friedensehnsucht so weit mäßigte, daß davon überhaupt nichts mehr zu merken war, das erfüllte ihn mit Trauer. Wie oft hatte er sich bei seinen privaten Hinweisen von Unternehmern und Regierungsmännern sagen lassen müssen: „Sie übertreiben ja furchtbar, Neuringh. Wir merken so sehr selten etwas vom Ruf nach Frieden. Nein! Die Leute wollen durchhalten!"

Deshalb hatte er sich so über den plötzlichen Ausbruch der Teilstreiks innerlich gefreut. Daß aber solche Gelegenheiten, wie diese hier, von Agitatoren für die Streiks — und daß Klose einer war, darin war er sicher — nicht wahrgenommen wurden, ihre Stimmen öffentlich zu erheben, erfüllte ihn mit Trauer.

Am Schluß der Verhandlung trat Neuringh auf Klose zu und bot ihm die Hand: „Ich freue mich, dich wiederzusehen!" Der andere zögerte erst ein wenig, ehe auch er seine Hand ausstreckte. „Warum hast du mir vor einem Jahr nur eine solche grobe Antwort gegeben? Du schriebst: Wir haben nichts mehr miteinander gemein! Wie konntest du zu einem solchen Ausdruck kommen?"

Nach langem Drucksen kam Klose mit der Antwort: „Du weißt wohl nicht mehr, was du mir geschrieben hattest?"

„Ich? Ja, zwei lange Briefe habe ich dir geschrieben, so, wie ich die Lage beurteilte."

„Na, dann erinnere dich gefälligst, daß du mir auch ganz kalkblütig schriebst: Damit wirst du dich abfinden müssen daß der Krieg in diesem Jahre noch nicht zu Ende geht! Diese Worte, nein, die sind eines ehemaligen Arbeiters unwürdig. In solcher Art und Weise die Eroberungsabsichten der Herrschenden zu unterstützen! Pfui Teufel!"

„Beruhige dich nur! Du hast diese Aeußerung völlig verkehrt aufgefaßt! Damit wollte ich dir nur die Schwierigkeit der Friedensarbeit zeigen, denn als ich deinen Brief erhielt, hatte gerade Englandd ie Einführung der allgemeinen Wehrpflicht beschlossen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241111-19/fragment/page=0006

Gewerkschaftsbewegung.

Die niedrigen Löhne der Arbeiter.

Wenn die Arbeiter an die Unternehmer mit Lohnforderungen herantreten, so gibt man ihnen zu verstehen, daß sie eigentlich schon mehr als genug verdienten. Nun stellt aber ein Unternehmerblatt, die „Deutsche Bergwerkszeitung", folgendes fest:

„Es läßt sich **nicht leugnen, daß die Löhne in Deutschland erheblich unter der Friedenskaufkraft liegen.** Nach den neuesten statistischen Ermittlungen bezieht der ungelernte Arbeiter etwa den Friedenslohn, der gelernte Arbeiter bleibt mit 11 Prozent sogar darunter; gleichzeitig ist aber **die Lebenshaltungsziffer um 25 Prozent über die Zahl von 1913 gestiegen.** Mit anderen Worten: der ungelernte Arbeiter kann einen Aufwand von 125 den Lohn von 100, der gelernte Arbeiter nur von 89 entgegensetzen. Hieraus folgt, daß **die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters gegen 1913 nicht unerheblich gesunken ist.**"

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" folgert nun hieraus nicht etwa, daß die Forderung der deutschen Arbeiter auf wesentliche Erhöhung ihrer Löhne berechtigt ist, sondern weist sie mit der Begründung zurück, daß jede allgemeine Lohnerhöhung eine Preissteigerung nach sich ziehen müßte und daher abzulehnen sei.

Von einem Unternehmerblatt kann man natürlich nichts anderes erwarten, und wenn es trotzdem die Tatsache der kläglichen Bezahlung der deutschen Arbeiter feststellt, so läßt sich das nur so erklären, daß die Unternehmer einen Köder für die kommenden Wahlen auswerfen möchten. Die Arbeiter sollen sich veranlaßt fühlen, für diejenigen Parteien zu stimmen, die vorwiegend Unternehmerinteressen wahrnehmen. Man will die Arbeiter glauben machen, daß gerade diese Parteien für Verbilligung der Warenpreise sorgen würden, und dann eine Erhöhung der Löhne überflüssig wäre. Auf diesen Betrug wird kein denkender Arbeiter hineinfallen. Sollten die Parteien des Bürgerblocks wirklich zur Macht gelangen, so werden sie nichts Eiligeres zu tun haben, als durch hohe Zölle und Abgaben auf alle Artikel des Massenverbrauchs die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben. Glaubt aber im Ernst jemand, daß diese Parteien jemals auch für eine Erhöhung der Löhne sich einsetzen würden?

Die bankrotten Schlichtungsinstanzen.

Mehrfach haben wir Gelegenheit genommen, zu den Handlungen des Schlichters Stellung zu nehmen, und haben gezeigt, daß seine ganze Tätigkeit nur als Wahrnehmung von Unternehmerinteressen betrachtet werden kann. Es wird höchste Zeit, daß die Gewerkschaftsinstanzen ganz energisch dagegen Front machen. Diese unheilvolle Tätigkeit des Schlichters scheint sich auch übertragen zu wollen auf die Schlichtungsausschüsse. Der Schlichtungsausschuß Halle, der sonst immer noch den Ruf genoß, einigermaßen soziales Verständnis zu besitzen, beschloß am Montag für die mitteldeutsche Metallindustrie, daß eine Entscheidung über evtl. neue Löhne erst am 20. November gefällt wird und eine evtl. Lohnerhöhung erst ab 23. November in Kraft tritt. Dieser Beschluß ist mit Rücksicht auf die sehr niedrigen Löhne der Metallindustrie so ungeheuerlich, daß er bei den Metallarbeitern, soweit sie nach der Verhandlung davon Kenntnis erhielten, helle Empörung auslöste. Daß dieser Beschluß gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer gefaßt wurde, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Die Lohntafel, die für Facharbeiter über 23 Jahre einen Mindestlohn von 53 Pf. vorsah, ist am 8. November abgelaufen, und hatten die Metallarbeiter eine nur geringe Lohnerhöhung von 7 Pfennig, also 60 Pfennig pro Stunde, gefordert. Nach dem Beschluß des Schlichtungsausschusses läuft dieser geringe Lohn vorläufig weiter. Ein Facharbeiter verdient demzufolge zurzeit, wenn er nicht die geringfügige Wertigkeitszulage, die bis zu 5 Pf. pro Stunde beträgt, erhält, bei 48stündiger Arbeitszeit pro Woche **25,44 Mk.** Hiervon gehen dann noch die Abzüge, wie Steuern und Sozialbeiträge, ab. Mit diesem Lohn soll nun ein Familienvater auskommen, ein Handwerker, an den hohe Anforderungen in bezug auf Qualitäts- und schwere körperliche Arbeit gestellt werden. Dieser erreichnete Verdienst erhöht sich nicht wesentlich, selbst wenn man 5 Pf. pro Stunde Wertigkeitszulage hinzurechnet. **Aber weit schlimmer geht es noch den in der Metallindustrie beschäftigten Angelernten und Hilfsarbeitern. Ein Hilfsarbeiter über 23 Jahre erhält einen Lohn von 42 Pf. pro Stunde; er verdient demzufolge in der Woche 20,16 Mk.,** wovon noch die obenerwähnten Abzüge abgehen, und man braucht wirklich kein großes soziales Verständnis zu haben, um sich zu sagen, daß bei den heutigen Verhältnissen diese Arbeiter mit ihren Familien förmlich hungern müssen. Bezüglich der Leistungen der Hilfsarbeiter trifft das für die Facharbeiter Gesagte ebenfalls zu. Für ungeschickte und schwache Arbeiter ist in der Metallindustrie kein Platz. Der hallische Schlichtungsausschuß weist aber diese so gering entlohnten Arbeiter mit einer Lohnerhöhung ab und stellt in Aussicht, daß vielleicht ab 23. November eine Lohnerhöhung Platz greift.

Nach den bisherigen Schiedssprüchen in der Metallindustrie zu urteilen, wird man versuchen, die Metallarbeiter, wenn es überhaupt etwas gibt, mit 1 oder 2 Pf. abzuspeisen. Gegen dieses Spielen mit den Existenzen der Metallarbeiter seitens der Schlichtungsinstanzen müssen die Metallarbeiter Sturm laufen; sie müssen diesen Instanzen zu erkennen geben, daß sie mit ihren Sprüchen nicht objektiv verfahren, sondern direkt die Unternehmerinteressen vertreten. **Mit dem Protest allein ist es aber nicht getan, nur eine strafte, geschlossene Organisation kann hier helfen.** Die Metallarbeiter haben sich zu überlegen, ob es überhaupt noch Zweck hat, eine Schlichtungsinstanz anzurufen; sie müssen vielmehr daran denken, wenn es nicht anders sein kann, durch Kampf sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen.

Ob die Metallarbeiter Mitteldeutschlands diese Entscheidung des Schlichtungsausschusses Halle so ruhig hinnehmen, ist sehr fraglich; es ist durchaus möglich und verständlich, wenn die Verzweiflung diese elend entlohnten Arbeiter auf die Straße treibt. Die sozialdemokratischen Metallarbeiter, die bereits in einer Fraktionssitzung am Montag dazu Stellung nahmen, erheben schärfsten Protest. Am Mittwoch, dem 12. November, abends 7 Uhr, findet im „Volkspark" eine **Mitgliederversammlung des DMV.** statt, wozu die sozialdemokratischen Metallarbeiter und die mit ihnen Sympathisierenden aufgefordert werden, Mann für Mann zu erscheinen, um die weiteren Maßnahmen zu beschließen. Sorgt durch zahlreiches Erscheinen dafür, daß diese Mitgliederversammlung zu einer würdigen Protestkundgebung gegen den Beschluß des Schlichtungsausschusses wird.

Aus der Bergarbeiterinternationale.

In der Sitzung des Exekutivausschusses der Bergarbeiter-Internationale wurde beschlossen, eine Bergarbeiterdelegation nach Rußland zu entsenden, um dort die allgemeine Lage der Arbeiterschaft, besonders die der Bergarbeiter zu untersuchen. Die Bildung dieser Delegation soll bei der nächsten Sitzung des Exekutivausschusses der Bergarbeiter-Internationale, die im Januar in Hannover stattfindet, erfolgen. Ebenfalls sollen in Hannover die Auswirkungen der Durchführung des Dawes-Planes auf die Lage der deutschen Arbeiterschaft untersucht werden. Der Exekutivausschuß vertrat u. a. die Auffassung, daß **alle zur Verfügung stehenden Mittel aufgeboten werden müßten, um die deutschen Bergarbeiter in dem Kampf um den Achtstundentag zu unterstützen.**

Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Am Montagnachmittag sind auf Veranlassung des Hauptverwaltungsrates der Reichsbahn die Lohnverhandlungen für die Eisenbahner wiederaufgenommen worden. Es sind deshalb aus allen Teilen des Reiches die Vertreter der Eisenbahner-Organisationen in Berlin zusammengekommen. Die Verhandlungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hin.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird folgende amtliche Meldung verbreitet: Am Montag fand eine Besprechung der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn mit den am Lohntarif beteiligten Gewerkschaften wegen der Lohnforderungen statt. Da die Entscheidung über Aenderung der Löhne gesetzmäßig dem Verwaltungsrat zusteht, wird von der Hauptverwaltung dem beschleunigt einzuberufenden Verwaltungsrat ein Vorschlag auf Erhöhung der Löhne gemacht werden, über deren Umfang mit den Gewerkschaftsvertretern eine Einigung erzielt ist.

Streik bei der Berliner Hochbahn.

Ein Gasarbeiterstreik unmittelbar bevorstehend.

Die Berliner Hochbahner beschlossen in letzter Nacht, ihren Streikbeschluß zur Durchführung zu bringen. Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn hat ihren Verkehr deshalb heute in den frühen Vormittagsstunden nicht mehr aufgenommen. Der Streikbeschluß wurde auf Grund von Lohndifferenzen gefaßt. — Der angekündigte Streik in den Betrieben der Gasbetriebsgesellschaft hat noch nicht eingesetzt. Die Organisationsleitung der Gemeindearbeiter hat jedoch in einer gestern abend abgehaltenen Funktionärversammlung bereits weitgehende Vollmachten zum Ausruf eines Streiks erhalten, falls heute nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden.

Aus aller Welt.

Dreifacher Todessturz im Lastkraftwagen.

Fünfzehn Personen schwer verletzt.

Graz, 10. November. (WTB.)

Ein Lastautomobil, in dem sich 22 Personen befanden, die zu einer Versammlung nach Graz fuhren, wich auf der Bundesstraße bei Peggau einem Personenauto aus und stürzte dabei über die steile Straßenböschung, die zur Mur führt. Das Fahrzeug überschlug sich mehrere Male. Drei Personen wurden getötet, 15 schwer und 3 leicht verletzt. Unter den Toten befindet sich der Obmann des steierischen Bauernbundes, Bundesrat Tanner.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich in Augsburg. Der Kraftwagen eines selbst steuernden Fahrzeuges fuhr gegen einen Baum, und die vier Insassen — außer dem Lenker dessen Frau und Kind und ein Bekannter der Familie — wurden herausgeschleudert und schwer verletzt. Der Wagen wurde stark beschädigt.

Ein mysteriöser Leichenfund.

Paris, 10. November.

In der Nähe von Antibes wurde der Körper eines Unbekannten ans Land getrieben, der starke Brandwunden zeigte. Der Tote ist mit einem Anzug bekleidet, der vollkommen neu war und der keine Spur von Feuer aufwies. Die Behörden schließen aus diesem Umstand, daß der Unbekannte erst nach seinem Tode bekleidet wurde und daß ein Verbrechen vorliegt. Diese Vermutung erhält Verstärkung durch eine andere Entdeckung, die in der Nähe gemacht worden ist. An der Mündung des Var wurde ein Leichnam angetrieben, der vollkommen nackt war. In dem Quartier, das dem Hafen von Antibes benachbart ist, fand man einen gewaltsam geöffneten Koffer, der eine Anzahl blutbefleckter Photographien enthielt. Etwas weiter wurde ein Boot angetrieben, an dem eine Wandung zertrümmert war und dessen Eigentümer bisher nicht entdeckt werden konnte.

Tragödie zweier junger Mädchen.

Berlin, 10. November.

Ein Selbstmord zweier 16jähriger Mädchen Irma Koch und Grete Lehmann, die sich vom Dach des Hauses Adalbertstraße 66 in den Hof stürzten, hatte, wie sich jetzt herausstellte, ein erschütterndes Motiv. Beide Mädchen waren in den Sohn ihres Chefs verliebt. Eines Tages erklärte der junge Mann, daß er gar nicht daran denke, eines der Mädchen zu heiraten. Wenige Stunden nach dieser Aussprache versuchte sich Irma Koch im Pankower Schloßteich zu ertränken. Sie konnte aber gerettet werden und wurde ins Krankenhaus transportiert. Als Grete Lehmann von dem Selbstmordversuch ihrer Freundin hörte, sprang sie vom Dach ihres Hauses auf den Hof. Als Irma Koch einen Tag später aus dem Krankenhaus entlassen war und von dem Selbstmord ihrer Freundin hörte, kletterte sie ebenfalls auf das Dach und sprang in den Hof.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Bei einem Zimmerbrand im Hause Petersweg 3 in Magdeburg kam der Lohndiener Schulz ums Leben. Der 68jährige Mann hatte Wäsche zum Trocknen vor dem eisernen Ofen aufgehängt und sich dann schlafen gelegt. Die Wäsche geriet in Brand, und in dem Qualm erstickte Schulz. Die Feuerwehr konnte Schulz nur noch als verkohlte Leiche bergen.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: F. O. H. Schulz; für Gewerkschaftliches und Lokales: Gottl. Kasparek; für Provinz und Sport: A. Wielepp; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog; sämtlich in Halle. Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei. e. G. m. b. H.. Halle. Harz 42/44.

Lazarol-Hautcreme vorzüglich bewährt bei **Hautschäden aller Art, Schweißfuß und Wundlaufen**, ist und bleibt das unentbehrliche Hausmittel. Erhältlich bei **Heimbold & Co., Leipziger Strasse 104**, sowie in **allen Apotheken und Drogerien.** 11057

Vergessen Sie nicht

jeden Morgen, bevor Sie die rauhe Luft einatmen, einige

Schäfer „Ast"-Karamellen

zu nehmen, am besten mit etwas heißer Milch, Tee oder Kaffee. Hervorragende Wirkung geg. **Erkältung, Husten, Halsbeschwerden, Asthma und üblen Mundgeruch.**

Es kostet Sie täglich nur 10-15 Pfg.,

da ein Paket 4—5 Tage reicht.

Nur echt in Packung mit Bild von dem **bekannten Naturheilkundigen** und sogenannten **„Wunderdoktor" Schäfer „Ast"** aus der **Lüneburger Heide.**

Seit 1913 millionenfach bewährt.

Nachahmungen werden strafrechtlich verfolgt.

Erhältlich in **Halle in Apotheken** und in denjenigen **Drogerien**, wo sich Plakate mit Bild von „Schäfer Ast" im Fenster befinden.

Sonderangebot

für die Leser des „Volksblatt", „Landboten" u. der „Mansfelder Volkszeitung".

Die Rechte kracht,

links wird gelacht!

Das einzige sozialistische und republikanische Witzblatt

„Lachen links"

erscheint am 28. November, inmitten des Wahlkampfes, als

Wahlsondernummer in Dreifarbendruck

zum Preise von 25 Pfg., also ohne Preisaufschlag. Durch Postbezug wird die Einsendung des Betrages, eventuell auch der Portoersparnis halber, für mehrere Bezieher gemeinsam im voraus erbeten. Postscheckkonto: Verlag Volksblatt G. m. b. H., Halle a. S., Nr. 20319 Erfurt. Die Uebersendung dieser Ausgabe erfolgt zu Werbezwecken portofrei.

Wo die Zeitungszustellung durch Austräger erfolgt, empfiehlt sich die Bestellung direkt bei diesen. Die Lieferung an die regelmässigen Bezieher von „Lachen links" erfolgt ohne weiteres und bedarf keiner Extrabestellung.

Jeder Leser bestelle sich diese einzig satirische, die der Republik feindlichen Parteien der Lächerlichkeit preisgebende Wahlsondernummer „Lachen links".

Verlag „Volksblatt" G. m. b. H.

Halle (Saale).

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Der zunehmende **Verkehr mit Kraftfahrzeugen** fordert zur Erhaltung der Sicherheit auf den öffentlichen Straßen die genaueste Beachtung der in §§ 45 und 46 unserer Straßenpolizei-Ordnung vom 24. Dezember 1889 enthaltenen Bestimmungen.

Wir geben nachstehend die angezogenen Bestimmungen erneut bekannt:

§ 45.

Fuhrwerke und Reiter haben, soweit nicht örtliche Hindernisse entgegenstehen, stets die rechte Seite der Fahrbahn, auch bei Toren und Durchfahrten innezuhalten. Nach der entgegengesetzten Seite darf, wenn dort angehalten werden soll, nicht früher abgebogen werden, als es der Zweck durchaus erfordert.

§ 46.

Das Ausweichen der Fuhrwerke geschieht nach rechts und in der Regel mit halber Spur, unbeladene Fuhrwerke weichen beladenen, wenn der Raum es gestattet, mit ganzer Spur aus.

Kann ein Fuhrwerk dem andern nicht rechts ausweichen, so muß dies vom andern ganz geschehen.

Das Ueberholen von Fuhrwerken geschieht nach links.

Das Einbiegen aus einer Straße in die andere nach rechts muß in kurzer Wendung, nach links im weiten Bogen geschehen.

Für Reiter finden diese Vorschriften entsprechende Anwendung. 1699

Die Polizeibeamten haben Anweisung, gegen wahrnehmende Zuwiderhandlungen einzuschreiten und zur Anzeige zu bringen.

Eisleben, den 8. November 1924.

Die Polizeiverwaltung.

Nicht

1 Paket Seifenpulver

sondern

1 Paket Dixin

müssen Sie verlangen-dann haben Sie die Sicherheit, ein wirklich hochwertiges Erzeugnis zu erhalten! **Dixin** ist ein preiswertes Seifenpulver von ausgezeichneter Waschwirkung und für jeden Waschzweck geeignet

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219241111-19/fragment/page=0007

Kunst • Wissenschaft • Leben

„Christlich-nationale" Theaterkultur.

Zum Ausgleich des Niedergangs der Berliner Theaterkultur — wir haben in Berlin zurzeit nicht weniger als fünf Revue-Bühnen, darunter das „Lessing-Theater" und das „Große Schauspielhaus", in denen einstmals Otto Brahm bzw. Max Reinhardt gewirkt haben — ist in Berlin mit Beginn dieser Spielzeit das „Dramatische Theater" gegründet worden. Das neue Unternehmen bot wertvolle zeitgenössische Dramatik in hervorragenden Aufführungen, zeigte also in Spielplan und darstellerischen Leistungen einen hocherfreulichen künstlerischen Idealismus. Aber in unserem Zeitalter, dessen — ach! so gepriesene — Kultur unter dem Diktat von Geschäftsinteressen steht, ist nun einmal künstlerischer Idealismus um seiner selbst willen nicht möglich, und so erklang schon bald über dem „Dramatischen Theater" das beängstigende Flügelrauschen des Pleitegeiers. Die Direktion war schließlich gezwungen, entweder die Mitglieder des Ensembles durch Schließung des Theaters hoffnungslosem Elend preiszugeben oder sich nach finanzieller Unterstützung umzusehen. Und schon bemächtigte sich der mürbe gewordenen armen Seele — so paradox das klingen mag — der Satan in Gestalt des finanzkräftigen, auf „christlich-nationaler" Grundlage stehenden „Bühnenvolksbundes". Mit der Kunst und mit der Förderung von Dichtern der jüngsten Generation ist's damit im „Dramatischen Theater" wieder zu Ende.

Das „künstlerische" Programm, das jetzt dieser „Bühnenvolksbund" in seinem Theater durchzuführen gedenkt, sieht so aus: Der Geschäftsführer des Bundes, ein gewisser Herr Gerst, wird dem Direktor des Theaters, dem Schauspieler Wilhelm Dieterle, lediglich zur Unterstützung der Theaterleitung beigegeben. Mit andern Worten, Herr Dieterle hat nach der Pfeife des Herrn Gerst zu tanzen. Die letzte Gabe des „Dramatischen Theaters", die ironische Komödie „Methusalem oder der ewige Bürger" von Ivan Goll, hat sofort auf Nimmerwiedersehen von Spielplan zu verschwinden, weil einige deutschnationale Spießer sich durch Presse-Besprechungen des Werkes so beleidigt gefühlt haben, daß sie im Preußischen Landtag eine kleine Anfrage eingebracht haben, was die Regierung gegen die Darbietung solcher Unflätigkeiten zu tun gedenke. Der Spielleiter des „Methusalem", Friedrich Neubauer, der sich nicht nur schon mehrfach als tüchtiger Regisseur erwiesen hat, sondern auch der Dichter einer noch nicht aufgeführten, von kleistischem Humor durchtränkten Komödie „Der Hühnerhof" ist, wird fristlos entlassen und von Herrn Gerst wegen Beleidigung des Bühnenvolksbundes verklagt. Auch der „Tolkening" von Alfred Brust ist bereits vom Spielplan verschwunden, und es dürfte kaum noch lange dauern, bis die gepfefferte Abtreibungs-Komödie um Rosa" von F. A. Angermayer dem gleichen Schicksal verfällt. Dann bliebe zuletzt — ausgerechnet! — Georg Kaiser „der" Autor des christlich-nationalen Bühnenvolksbundes. Vom 22. bis 27. Oktober übrigens gastiert im „Dramatischen Theater" die sogen. „Künstlertruppe des Bühnenvolksbundes". „Auf Einladung der Direktion" — schon gesagt, nicht wahr? — mit dem verstaubten Hoftheaterlustspiel „Donna Diana" des Spaniers Moreto.

So sieht „christlich-nationale" Theaterkultur aus! Bz.

Eine schauerliche Geschichte.

Diese Geschichte ist einem Schriftsteller, einem wohlbekannten Mitarbeiter von „Punch", passiert. Es ist noch nicht so lange her, daß er in einem seiner Romane Gelegenheit hatte, einen phantastischen Mord zu beschreiben, nach dessen Verübung der Leichnam in einen Sack genäht wurde. Der Autor, der sich gründlich mit der Sache beschäftigte, fand, daß es keine Kleinigkeit sei, eine Leiche in einen Sack zu kriegen, wenigstens nicht für solche, die Neulinge in der Sache sind. Eine geraume Zeit verging, doch die so gewonnenen Kenntnisse sollten ihm zustatten kommen, als er eines Tages in seinem Segelboot (er ist ein ausgezeichneter Sportsmann) eine Vergnügungsfahrt machte. Denn er entdeckte plötzlich einen großen Sack, der seelenruhig flußaufwärts trieb. Selten war ein so verdächtiges Objekt gesichtet worden. Immer mehr gewann die Ueberzeugung Raum in des Dichters Seele, daß hier grausige Wirklichkeit wurde, was er mit schaudernder Phantasie geschaut. Trotzdem er sich nun sagte, das Beste wäre, so zu tun, als ob der unheimliche Sack nicht da sei, fand er bald zu seinem Leidwesen, daß das Ding sich nicht abschrecken ließ, sondern an sein Boot heranrieb. Kurz entschlossen holte er es herbei — ein Schnitt in das vermutliche Kopfende und — ein Schopf schwarzen, krausen Haares quoll hervor. Der erschütterte Dichter schöpfte Atem, ehe er in seinem schweren Werk fortfuhr. Noch ein Schnitt — und es stellte sich nun heraus, daß der Sack von oben bis unten voll — Roßhaar war. Irgendwie hing die Sache mit einer Matratzenfabrik etwas weiter stromaufwärts zusammen, wo ein Streik ausgebrochen war. Es war immerhin eine nervenaufreibende Erfahrung, die der Dichter da machte.

Von der Themse zum Tiber im Paddelboot.

Ein 4,6 Meter langes und 55 Pfund schweres Kanu, das die Aufschrift „Von Sydney (N. S.) nach Rom über Neuork, London und Paris" trägt, erregte unter dem Passagiergepäck, das von dem kürzlich aus Neuork in London eingetroffenen Dampfer „Lancastria" ausgeladen wurde, allgemeine Verwunderung. Das Kanu gehört dem kanadischen Fliegerleutnant Smyth aus Sydney in Neuschottland, der von London aus auf dem Wasserweg den Tiber erreichen will. Das kleine Boot hat bereits die Reise von Neuschottland über den Atlantik nach Neuork unter schwierigsten Verhältnissen zurückgelegt und konnte beim Eintreffen in Neuork eine erste Etappe von 2407 Kilometer verbuchen. Smyth fuhr von dort mit dem Dampfer nach London und will jetzt in seinem Paddelboot auf der Themse nach Dover, von hier nach Calais und unter Benutzung des französischen Kanalnetzes nach Marseille fahren, von wo er längs der Küste bis nach Rom vordringen will. An Abenteuern hat es ihm bisher auf seiner Reise nicht gefehlt. So hatte er in seiner winzigen Nußschale auf dem Atlantik einen Sturm von 52 Stunden zu überstehen, der ihn zwang, alles Entbehrliche, ja selbst die Lebensmittel und das Trinkwasser, über Bord zu werfen. Kaffee und kalter Tee erwiesen sich ihm als die stärksten Anregungsmittel.

Eine sensationelle Wendung in der Affäre Daudet.

Léon Daudet, der Führer der französischen Royalisten und der Herausgeber der „Action française", dessen Sohn Philippe vor einem Jahre unter geheimnisvollen Umständen erschossen aufgefunden wurde, glaubt, daß durch den angeblichen Selbstmordversuch der vielgenannten Anarchistin Germaine Berton endlich Licht in die dunkle Affäre gebracht werden wird. Die Berton, die jetzt im Pariser Krankenhaus liegt, will, wie sie aussagte, Gift genommen haben, weil sie den jungen Daudet liebte und seinen Tod nicht verschmerzen kann. Sie erklärt, daß sie schon die Geliebte Philippe Daudets war, als der Verstorbene erst 13 Jahre zählte. Barnaud, der Untersuchungsrichter in der Angelegenheit Daudet, erhielt jetzt eine Mitteilung von dem Polizeirat Lannes, Poincarés Schwager, den Léon Daudet beschuldigt, an der Ermordung seines Sohnes beteiligt zu sein. Da über die Mitteilung des Polizeirats nichts bekannt geworden ist, fordert Leon Dudet jetzt energisch die Verhaftung des Schwagers Poincarés mit der Begründung, daß dadurch allein die Möglichkeit geboten sei, die Polizeiagenten, die heute unter dem Druck des Vorgesetzten nicht zu sprechen wagen, zur Aussage zu bringen.

Von Haut und Haaren.

Von M. A. v. Lützendorff.

Wenn man einem Menschen die Haut abziehen und ihn statt dessen in eine noch so zweckmäßig ersonnene Hülle stecken würde, so müßte er binnen ganz kurzer Zeit zugrunde gehen, was auch der Fall wäre, wenn er nur zwei Drittel seiner Haut verlieren würde. Denn unsere Haut ist nicht nur unser wichtigster Außenschutz, sondern auch der unentbehrliche Helfer bei allen möglichen Arbeitsleistungen unseres Körpers. Ueber alles das denkt man für gewöhnlich freilich nicht weiter nach. Es ist ja doch auch so selbstverständlich, daß der Mensch mit einer Hauthülle bedeckt ist, und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Haut ihre verschiedenen Zwecke erfüllt. Was für Zwecke das aber sind, das ist gewiß nicht allen von uns, die wir im glücklichen Besitz unserer gesunden Körperhaut sind, klar.

Für ihren Hauptleistungen ist die Haut besonders durch ihren Drüsenreichtum befähigt. Den Ausgleich der Wärmeverhältnisse unseres Körpers verdanken wir beispielsweise zum großen Teil nur der Haut, die uns bei Erhitzung dadurch Abkühlung verschafft, daß der von ihren Drüsen abgesonderte Schweiß zur Verdunstung gelangt, während gleichzeitig auch durch stärkere Blutfüllung der Haut eine dem Körper wohltätige Wärmeabgabe nach außen erfolgt. Bei großer Kälte dagegen macht wieder vor allem die Haut es uns fühlbar, daß wir unsere Muskeln lebhafter bewegen sollen. In solchen Fällen kommt es dann oft auch zu jener eigenartigen, durch Zusammenziehung der die Haarbälge umlagernden Muskulatur entstehenden Hautveränderung, die wir als „Gänsehaut" bezeichnen, und durch die Gänsehaut fühlen wir es denn erst recht, daß uns Wärme fehlt, die alsbald zu ersetzen ist.

Diese feine Empfindlichkeit der Haut für jede dem Körper unzuträgliche Temperatur macht es auch zur Bedingung, daß unsere Kleidung stets so beschaffen sein soll, daß zwischen der Haut und den Kleidern immer eine gewisse Wärme erhalten bleibt. Denn eine Hauptbedingung unseres körperlichen Wohlbefindens ist eben diese Wärme, die nach den jüngsten Untersuchungen Professor Rubners bei den meisten Menschen etwa 32 Grad beträgt. Um sie zu erzielen und ständig auf gleicher Höhe zu erhalten, darf zunächst der Raum zwischen Kleidern und Haut niemals völlig luftleer sein, was z. B. der Fall ist, wenn uns nach der Arbeit die Kleider „am Leibe kleben" oder mit anderen Worten: wenn sie schweißdurchfeuchtet sind, weil wegen ihrer ungenügenden Durchlässigkeit der Schweiß nicht verdunsten konnte. Dieses sehr unangenehme Nässegefühl kann man am besten dadurch verhindern, daß man die der Haut unmittelbar anliegenden Kleidungsstücke nur aus solchen Stoffen fertigt, durch die der Schweiß leicht verdunsten kann, wie etwa durch wollene Strickgewebe. Dann ist es auch notwendig, daß die Luft zwischen Haut und Kleidung zeitweilig bewegt und erneuert wird, und hier tut der Wind die besten Dienste. Selbst der leichteste Luftzug genügt vollständig, um unsere Kleider zu durchblasen und dem klebrigen Gefühl, das ihre Durchfeuchtung zur Folge hat, vorzubeugen. Wer im Zimmer oder in der Werkstätte arbeitet, muß freilich in der Regel auf diese Luftbewegung, die natürlich am besten während der Arbeit erfolgt, verzichten, und das ist denn auch eine der Ursachen, weshalb Zimmer- und Werkstattarbeit gewöhnlich weniger gesund ist als Arbeit in freier Luft, wo die Verdunstung soviel schneller vonstatten gehen kann.

Ebenso wie die „Durchlüftung" unseres Körpers verdanken wir es der Haut auch, daß sie durch ihre ständige Abscheidung von Talg wie auch durch ihre chemische Beschaffenheit unser Körperinneres vor dem Eindringen fremder, besonders aber flüssiger Stoffe bewahrt, wie denn auch ihre Dehnbarkeit so groß ist, daß sie selbst verhältnismäßig schweren Stößen zu widerstehen vermag.

So vielfach verschieden die einzelnen Menschenrassen der Erde sind, so besitzen dennoch alle die gleiche aus Oberhaut und Lederhaut zusammengesetzte Körperbedeckung. Nur die Farbstoffkörnchen, die in der zwischen Ober- und Lederhaut liegenden Schleimschicht eingelagert sind, bedingen die großen Unterschiede in den Hautfarben der einzelnen Rassen. Eine gewisse Menge brauner Farbkörnchen findet sich übrigens auch in der Haut des weißhäutigen Menschen; doch bei den farbigen Menschenrassen steigert sich diese Menge so beträchtlich, daß schließlich bei einigen Negerrassen ein ganz tiefes, fast dem Schwarz ähnliches Dunkelbraun entsteht. Es war denn auch ganz unmöglich, die alte Einteilung der Menschenrassen in die weiße, rote, gelbe und schwarze, mit welcher Bezeichnung Linné seinerzeit die Europäer, Amerikaner, Mongolen und Neger gekennzeichnet hatte, weiter beizubehalten; denn die Farbe der Menschenhaut wechselt so sehr, daß sie unter keinen Umständen als ein sicher unterscheidendes Rassemerkmal betrachtet werden kann. Verändert ja zum Beispiel schon der Einfluß der Sonne die Hautfarbe so sehr, daß der weißeste Mensch binnen kurzem zum „rothäutigen Indianer" werden kann. Als Beweis für die durch die Einwirkung der Sonne entstandene vollständige Hautumfärbung mancher Menschenrassen mag übrigens auch die Seltsamkeit erwähnt werden, daß Negerkinder durchaus nicht dunkelfarbig, sondern ganz rosig zur Welt kommen, daß sie freilich nach kurzer Zeit schon „nachdunkeln".

Unserer Haut verdanken wir endlich auch unseren Haarwuchs; denn in ihrer Lederhautschicht wurzelt die Haarzwiebel, aus der heraus das Einzelhaar nach oben wächst. Wie viele solcher Einzelhaare der Mensch auf seinem Kopfe trägt, ist eine Frage, mit der sich die Gelehrten schon gar oft beschäftigt haben, wenngleich hierbei natürlich immer nur mit Durchschnittszahlen gerechnet werden kann. Erst kürzlich hat man wieder solche Haarzählungen vorgenommen und ist dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß im Durchschnitt auf den Quadratzoll der Kopfhaut etwa 1000 Haare kommen, so daß eine Kopfhaut von 120 Quadratzoll demnach 120 000 Haare tragen würde. Des reichsten Haarwuchses erfreuen sich die Blonden mit einer Durchschnittszahl von 140 000 Einzelhaaren, während sich die Braunen und die Schwarzhaarigen mit nur 100 000 und 110 000 Einzelhaaren begnügen müssen. Aber es handelt sich hier, wie gesagt, nur um Durchschnittsergebnisse, die sich von dem Einzelfall natürlich wesentlich unterscheiden.

Auch die Haarlänge bei der Frau wird gewöhnlich durch die Haarfarbe bedingt. Blondinen mit langem Haar tragen oft Haare auf dem Kopf, die, aneinandergereiht, eine Länge von 140 Kilometer und mehr erreichen können, dagegen soll Blondinenhaar weniger widerstandsfähig sein, da es durchschnittlich nur eine Last bis zu 70 Gramm tragen kann, ohne zu zerreißen, wogegen dunkles Haar eine Belastung von 150 bis 180 Gramm erträgt. Schönes Menschenhaar ist ein stark begehrter Handelsartikel und war es schon in alter Zeit, da die dunkelhaarigen Römerinnen zu den höchsten Preisen das Goldhaar der Germanin aufkauften, um sich daraus Perücken anfertigen zu lassen. Auch heute noch werden, namentlich auf dem englischen Haarmarkt, goldblonde Haare sehr teuer bezahlt. Noch kostbarer sind jedoch die grauen, besonders aber die weißen Haare, die so selten sind, daß die Händler oft nur graues Haar aufkaufen, um daraus die weißen Einzelhaare herauszusuchen. Man kann sich demnach den Preis erklären, den eine weiße Haarperücke verschlingt. In Paris ist es sogar üblich, daß die Lumpensammler die aus dem Müll gesammelten Haare noch verkaufen. Tatsächlich werden auch diese Haare noch zu billigen Theaterperücken und -Bärten verarbeitet.

An die verschiedenen Farben des Menschenhaares hat sich schon in früher Zeit allerhand Aberglaube geheftet. Schon bei den alten Germanen galt die rote Haarfarbe als Zeichen der Falschheit, was aber eigentlich schon deshalb seltsam ist, weil gerade bei ihnen die roten Haare sehr verbreitet waren. Schwarze Haare dagegen galten ihnen als ein Beweis von Mut und Kraft, während der spätere Volksglaube sie mehr als ein Zeichen eines unbesonnenen, sorglosen Charakters betrachtet und dafür dem Träger blonden Haares besonderen Mut zuschreibt. Ist das Haar eines Mannes noch dunkel, und nur sein Bart schon weiß gefärbt, so sagt man boshaft, daß er bisher mehr mit den Kinnbacken als mit dem Kopf gearbeitet habe. Straffe Haare bedeuten auch einen festen, straffen Sinn, während krauses Haar aufbrausenden Eigensinn und Launenhaftigkeit kinden soll. Sind die Haare gespalten, so nennt sie der Volksmund gar Hexenhaare. Nach einem alten Aberglauben soll man das Haar immer nur am einem Freitag schneiden, besonders aber am Karfreitag — ein Brauch, der namentlich im „aufgeklärten" Amerika sehr verbreitet ist —, um sich dadurch vor Kopfschmerzen zu bewahren. Ein lustiges Sprichwort endlich spottet: „Die letzten sieben Haare kämmt man sich am vorsichtigsten." Darin liegt ein tiefer Sinn; denn wie oft hängen wir am meisten an dem, dessen Verlust uns droht, auch wenn es nicht gerade unsere letzten sieben Haare sind!

Ein belgischer Wunderdoktor.

In der Provinz Lüttich erregen zurzeit die Wunderheilungen eines Mannes Aufsehen, der seit über einem Jahr Proben seiner Kunst gibt. Aus allen Teilen der Provinz strömen Tag und Nacht Leute herbei, die den Quacksalber konsultieren wollen. Er ist knapp vierzig Jahre alt und übt sein Heiltätigkeit ohne jede theatralische Aufmachung aus. Nach der Ueberzeugung seiner Verehrer besitzt er die Gabe des magnetischen Blicks. Er selbst erklärt: „Ich bin ein Phänomen. Ich habe Blinde sehend gemacht, habe Kinder, die nie gehen konnten, auf die Füße gestellt und vollständig Gelähmten den Gebrauch ihrer Glieder wiedergegeben. Ich behandle meine Patienten auch brieflich und mit dem gleichen Erfolg. So gelang es mir, auf weite Entfernungen an Krebs Erkrankte zu heilen. Wenn ein Patient zu mir kommt, so nenne ich sofort die Krankheit, an der er leidet. Ich sage ihm: Sie haben das oder das, gehen Sie nach Haus, und in vierzehn Tagen werden Sie von Ihrem Leiden befreit sein. Ich vermag auch einen Kranken, ohne daß ich ihn berühre, in Bewußtlosigkeit zu versetzen. Die Gabe offenbarte sich mir im Alter von 35 Jahren, ohne daß ich sagen kann, wie. Ich war damals Arbeiter in einer Eisengießerei. Von den Personen, die ich behandle, fordere ich nicht einen Pfennig Geld. Die Zahl der von mir bewirkten Heilungen kann ich auch nicht annähernd angeben. Einige Aerzte, die sich mir verkleidet nahten, um mich aufs Glatteis zu führen, mußten beschämt wieder abziehen, da ich sie, kaum daß sie die Schwelle überschritten, sofort entlarvte." — Es mag dabei nicht unerwähnt bleiben, daß die Provinz Lüttich einen besonders günstigen Boden für Leute vom Schlag dieses Wunderarztes bietet. Schon vor zwanzig Jahren hatte hier Vater Antoine eine Sekte der Antoinisten gegründet, die heute Zehntausende von Gläubigen zählt und in allen belgischen Industriebezirken, ja selbst in Paris Kirchen besitzt.

Englischer Humor.

Um 2 Uhr morgens wird ein Landarzt durch das Telephon unsanft aus dem Schlaf aufgeschreckt. Aergerlich nimmt er die Mitteilung entgegen, die ihn eilig an das Krankenbett eines Gutsbesitzers ruft, der sieben Kilometer entfernt von der Wohnung des Arztes lebt. Nach sorgsamer Untersuchung des Patienten fragt der Arzt mit ernstem Gesicht: „Haben Sie schon Ihr Testament gemacht?" Der Mann im Bett wird leichenblaß und stammelt entsetzt: „So weit kann es doch mit mir noch nicht sein, Herr Doktor!" — „Sie hätten besser getan, nach dem Geistlichen zu telephonieren und Ihre Angehörigen telegraphisch herbeizurufen," fährt der Arzt mit unerschütterlichem Ernst fort. „Um Himmelswillen, Doktor, wie lange gehen Sie mit denn noch Frist?" wimmert der verärgerte Patient. „Ihnen fehlt gar nichts, Verehrtester," brummt der Arzt mit grimmem Hohn, „mir ist nur der Gedanke unerträglich, daß ich der einzige sein soll, den Sie zum Narren halten."

*

In dem behaglich ausgestatteten Speisesaal sind die Erben der kürzlich verstorbenen Besitzerin des Hauses versammelt, um der Eröffnung des Testaments beizuwohnen. Mit gespannter Aufmerksamkeit lauschen sie den Worten des den letzten Willen der Verstorbenen verlesenden Testamentsvollstreckers. „Es ist mein Wille," beginnt der Advokat „daß Dr. Bolus, dessen sorgsamer Behandlung ich neben dem gewissenhaften Gebrauch der von ihm verordneten Medizin mein langes Leben zu danken hatte, alles erhalten soll, was sich in dem großen Eichenschrank in meinem Boudoir befindet." Das Gesicht der Erben wird bei Verkündigung dieses Legats lang und länger, während Dr. Bolus vergnügt schmunzelt. Aber das Lächeln verschwindet von seinem Gesicht, als er sich nach Oeffnung des Schrankes einer Batterie von Medizinflaschen gegenüber sieht, die die alte Dame zur Erhaltung ihrer Gesundheit in dem Schrank unerörtert in Reihe und Glied aufgestellt hatte.

*

„Als ich meinem Bräutigam das Jawort gab," erzählt eine junge Braut triumphierend ihrer Freundin, „erklärte er freudestrahlend, daß er sich im siebenten Himmel befände." — „Das glaube ich gern," erwiderte die Freundin, „er war ja auch vorher schon sechsmal verlobt."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262192411111-19/fragment/page=0008